

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 250.- M. ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' ...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Dönhofs 292-295 und 2506-2507

Freitag, den 13. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhofs 2506-2507

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kompaktzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Um Oesterreichs Schicksal.

Wien, 12. Oktober. (WTB.) Der Rationalsrat trat heute nachmittag zu seiner Sitzung zusammen ...

Mit stürmischem demonstrativen Beifall begrüßen die Christlich-Sozialen und Großdeutschen den Bundeskanzler ...

Dr. Seipel

führt dann aus: Auf der Suche nach einem Auswege aus der Not sei er auch nach Genf entsandt worden ...

Die in den letzten Monaten umlaufenden Gerüchte, die bei uns manche lange Stunde verursachten ...

dah das Parlament im Rahmen eines von ihm selbst zu beschließenden Finanzprogrammes der Regierung besondere Vollmachten erteilt ...

Wenn nach dem Plan des Völkerbundes wirklich an die Rettung unseres Vaterlandes geschritten wird ...

In der Debatte wiederholte Dr. Renner den gestern im Ausschuss für Auswärtiges von den Sozialdemokraten eingebrachten Mißbilligungsantrag ...

Antrop Kenner gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag Fink-Dinghofer angenommen ...

Die Devisenverordnung.

Zu dem angekündigten verschärften Kampf gegen die Devisenspekulation ist der erste Schritt getan ...

Die Verordnung richtet sich also gegen den volkswirtschaftlich überflüssigen Erwerb von Zahlungsmitteln ...

Es ist jetzt die dringendste Aufgabe, sobald als möglich die durch Notverordnung vorläufig geregelte Frage endgültig durch ein Gesetz einer weitergehenden Lösung zuzuführen ...

Jedenfalls bedarf es äußerster Strenge. In dem Börsenblättern kommt ganz unverhohlen zum Ausdruck, daß die Banken ihr Bestes daransehen werden ...

Ungeheuerliche Strafanträge.

Im Fehrenbach-Prozess je 15 Jahre Zuchthaus beantragt!

Im Münchener Landesverratsprozess beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten Fehrenbach wegen eines vollendeten und wegen eines versuchten Verbrechens des Landesverrats zur Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus ...

Mit diesem Strafantrag stellt sich der Charakter des Fehrenbach-Prozesses als eines Racheprozesses gegen den ehemaligen Sekretär Eisners ganz klar heraus ...

Aber freilich: Die Angeklagten haben auch über die bewaffneten Geheimorganisationen berichtet ...

Stellung sie aber als Landesverrat verfolgt. Eben erst erleben wir es, daß einer solchen Geheimorganisation am Chiemsee einige tausend Gewehre beschlagnahmt werden ...

Dr. Thimme für die Angeklagten im Fehrenbach-Prozess.

München, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Beweisaufnahme erfolgte die Vernehmung des Sachverständigen Dr. Thimme ...

Dem Vorstehenden war dieses sachliche Gutachten des politisch rechtsstehenden Dr. Thimme augenscheinlich un bequem ...

bringt. Es muß eine klare und eindeutige Außenhandelspolitik getrieben werden, die alle überflüssigen Waren vom Inlandsmarkt abhält, auf der anderen Seite aber die Ausfuhr auf das leibhaftigste unterstützt, um die deutsche Handelsbilanz zu verbessern. Der Devisenmarkt muß auf seine volkswirtschaftlich notwendigen Funktionen beschränkt, jedes gewissenlose Spekulantentum rücksichtslos bekämpft werden. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, dann hat es auch einen Sinn, bei notwendigen Zukunfts des Marktes mit großzügigen Stützungsaktionen für die Markteinzugreifen, die ebenfalls vorher sorgfältig vorbereitet sein müssen und die nicht dann erst beraten werden dürfen, wenn das Haus schon brennt. Und man wird nicht davor zurückzureden dürfen, die einzige Reserve, die Deutschland im Kampf gegen das Währungsseilend noch hat, nämlich den Goldbestand der Reichsbank, anzugreifen, um künftigeres Geld zu verhitzen. Vor allem müßte aber auch die Reichsbank alle Mittel, im Notfall die Kredit-sperre, gegen solche Banken anzuwenden, die noch jetzt fremde Devisen beiseite und so die Spekulation begünstigen.

Eine solche Gesamtheit von Maßnahmen allein verbürgt den Erfolg, der das Aufgebot der Kraft wert ist. Das Ausland, das jetzt wieder mit einer neuen Finanzkontrolle droht, wird sich durch den Kampf Deutschlands gegen das Währungsseilend dahin unterrichten lassen müssen, daß Deutschland keinen betrügerischen Bankrott betreibt, daß schon deshalb eine verstärkte Finanzkontrolle nur verbittern wirken und der Realisierung die Arbeit erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde. Die Maßnahmen, die jetzt getroffen werden, haben mit der Erfüllung der Barzahlungen an die Entente nicht das geringste zu tun. Sie sind das Aufgebot der letzten Kraft, um das durch die verfehlte Politik gegenüber Deutschland nun einmal heraufbeschworene Mißtrauen gegen die Markteinzugreifen zu beseitigen. Es kann daher keine Rede davon sein, daß hier Goldwerte in die Hände der Entente gespielt werden sollen, wie das von gewisser, offenkundig am Devisenhandel interessierter Seite ausgeprengt wird. Jetzt geht es um mehr, nämlich um das Recht des Volkes auf Leben. Und dazu bedarf es eines entschiedenen Vorgehens gegen alle diejenigen, die durch gewissenlose Treibereien der Entente noch geholfen haben, unsere Währung zu vernichten und jetzt fürchten, daß ihnen die Felle davonschwimmen und daß sie auf den hochbetriebenen Devisenkurven sitzen bleiben könnten.

### Zur Notverordnung gegen die Spekulanten.

Wie die WPA. hören, hat zu der Verzögerung der Notverordnung gegen die Devisenspekulation, deren Entwurf vom Reichswirtschaftsministerium schon vor etwa 4 Wochen dem Kabinett vorgelegt wurde, der Umstand wesentlich beigetragen, daß eine Notverordnung nach Artikel 48 der Verfassung nur erlassen werden kann, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist. Erst als die Devisenspekulation einen solchen Umfang angenommen hatte, daß die Reichsregierung nach dem Gutachten der zuständigen Stellen die Gefahr von Unruhen unmittelbar als gegeben ansah, glaubte sie den Weg der Notverordnung beschreiten zu können. Zur Überwachung der Durchführung der Notverordnung sind die Reichsbankstellen bestimmt, nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, die Außenhandelsstellen. Das hängt damit zusammen, daß im besetzten Gebiet Außenhandelsstellen teils nicht vorhanden sind, teils unter Ententekontrolle stehen. Die Reichsbank selbst wird indessen die in der Notverordnung vorgesehene gewissermaßen polizeiliche Aufsicht über den Devisenverkehr nicht ausüben, weil sie fürchtet, dadurch das Vertrauensverhältnis zu ihren Kunden zu beeinträchtigen.

Gleichzeitig mit der Notverordnung gegen die Devisenspekulation sollte nach dem ursprünglichen Plane die Ausgabe von Goldschahwechseln des Reiches erfolgen. Das Reichskabinett wollte jedoch hierüber nicht Beschlüsse fassen, ehe eine Äußerung des Reichsfinanzministers vorliegt, der gegenwärtig noch zur Kur in Ailingen weilt. Staatssekretär Dr. Schröder dürfte sich sobald dorthin begeben, und sofort nach seiner Rückkehr werden die Beschlüsse auch über Ausgabe von Goldschahwechseln gefaßt werden.

### Die Ursachen der Marktkatastrophe.

In einer Rede vor Pressevertretern ging Staatssekretär Dr. Hirsch auf die Ursachen ein, die nach der Auffassung der Reichsregierung zu der katastrophalen Erscheinung am Devisenmarkt geführt haben. Die Hauptursache an der Entwertung der Markte hat bereits seit langem unsere Zahlungsbilanz, und zwar sowohl die Handelsbilanz (das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr) und die reine Zahlungsbilanz. Schon zu einer Zeit, als Deutschland noch keine Reparationszahlungen zu leisten hatte, hatten wir eine Markteverschlechterung als Folge unserer passiven Handelsbilanz. Als dann vom Mai 1921 ab die Reparationszahlungen einsetzten und zugleich auch die Passivität der Handelsbilanz stieg, erlebten wir den ersten Sturz der deutschen Markte, der Dollar stieg von 60 im Mai 1921 auf 300 im November. Während im Laufe des Dezember 1921 eine leichte Erholung auf 180 bis 200 eintrat, stieg der Dollar zur Zeit von Genua wieder auf 250 bis 300.

Die Ermordung Rathenaus und die anschließenden innerpolitischen Ereignisse wurden dann die Hauptursache für die katastrophale Entwertung der Markte bis 2000. Durch den Rathenau-Wortschwund das Vertrauen auf die deutsche Markte im Ausland und ebenso im Inland; es setzte eine

### Flucht aus der Markte

ein, ohne daß von einem organisierten Prozeß die Rede sein kann. Diese „Flucht aus der Markte“ äußert sich im Ausland bisher noch nicht so sehr in einem Verkauf der Markte, sondern vielmehr in einem „Streik der Marktläufer“, wie Rathenau sich in Genua ausdrückte. Auch im Inlande ging das Vertrauen zu der Markte immer mehr verloren, wir beobachteten selbst eine indirekte und eine direkte Flucht in die Devisen. Die indirekte Flucht vollzieht sich in Sachwerten, in Waren, und zwar in zunehmendem Maße in ausländischen Waren wie Kleidungsstücke usw., was wiederum mehr Devisen beansprucht. Wenn dabei die immer höher steigenden Preise eine immer größere Zahl von Käufern nicht mehr mitkommen lassen, so bedeutet das einen sehr zweifelhaften Heilungsprozeß; zumal andererseits eine starke Ueberverföhrung des Volkes und eine starke Uebererzeugung eingetreten ist, was wiederum die Nachfrage nach Devisen bei verringertem Angebot gesteigert hat.

Neben dieser indirekten Flucht in die Devisen haben wir die direkte. Die Fakturierung in Auslandswährung beim Auslandsverkehr setzte sich in letzter Zeit mehr und mehr auch im Inlande durch, nicht nur bei der Fakturierung, sondern auch bei der Zahlung selbst. Vom Handelsverkehr ging dieses Verfahren allmählich über in den inländischen Geschäftsverkehr. Gleichlaufend haben wir eine Flucht der Ersparnisse in ausländische Zahlungsmittel. Als Gelamerscheinung erlebten wir so in jüngerer Zeit, daß die deutsche Einnahme an Devisen nicht nur die notwendigen Ausgaben an Devisen für die Einfuhr und die Schuldentilgung decken soll, sondern gleichzeitig auch den inländischen Verkehr an Zahlungsmitteln.

Dieser Zustand ist auf die Dauer natürlich unerträglich und unmöglich. Auf der einen Seite hat als Folge dieser Entwertung die Sparfähigkeit beträchtlich nachgelassen; andererseits erfolgt die Kapitalbildung nur mehr in Sachwerten. Die Bildung des mobilen Betriebskapitals, das neben dem Anlagekapital unbedingt notwendig ist, wird immer stärker beeinträchtigt.

Um all diesen ungesunden und unhaltbaren, und auf die Dauer immer katastrophaler wirkenden Erscheinungen im deutschen Wirtschaftsleben zu begegnen, hat sich die deutsche Regierung nunmehr zu durchgreifenden währungsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen entschlossen, um aus innen- und außenpolitischen Gründen eine Gesundung des deutschen Wirtschaftskörpers herbeizuföhren.

### Der Fall Stubenrauch.

#### Eine Anfrage der Sozialdemokratie.

Die Landtagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratie hat eine große Anfrage eingebracht, die Auskunft darüber wünscht, warum gegen den Premierer Hans Stubenrauch, der wiederholt Nordabsichten gegen Rathenau geäußert und Nordpläne ausgearbeitet hatte, nicht einmal im Wege der Schuldstrafverfahren eingeschritten worden ist. Die Anfrage nimmt Bezug auf die Neukennung des Befähigters am Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik Fehrenbach, daß durch diese Handhabung der Schuldsucht gewisse Schulfunktionen zu einer öffentlichen Gefahr würden.

Außerdem liegt noch eine Anfrage der Sozialdemokraten im Landtag vor, weswegen der Kultusminister der Universität Bonn

die Anschaffung der neuen Reichsfahne unterläßt und die Änderung der alten Fahne in die neuen Farben widerrufen habe.

Die „Deutsche Tageszeitung“, eisensternig wie immer, ist über die Haltung des „Vorwärts“ im Falle Stubenrauch sehr unzufrieden. Sie hat natürlich kein Wort des Staumens oder der Mißbilligung dafür, daß ein Premierer, der Nordpläne gegen Rathenau schmiedet — von der Schuldstrafverfahren unbehelligt — weiter auf Staatskosten ausgebildet wird. Dagegen verübelt sie es Herrn Fehrenbach sehr, daß er es gewagt hat, als Befähigter des Staatsgerichtshofes auf die verheerenden Folgen dieser Art Schuldsucht hinzuweisen. Herr Fehrenbach hätte dafür vom Vorsitzenden einen Rüssel bekommen sollen. — Das ist ganz im Sinne des Blattes gesprochen, das seinerzeit die gerichtliche Verfolgung des Genossen Scheidemann verlangte, weil Genosse Scheidemann sich gegen den Blausäureattentäter zur Wehr setzte! An Verdrüsslichkeit des rechtlichen Empfindens kann sobald mit der „Deutschen Tageszeitung“ nichts konkurrieren.

### Reichsrat und Umlagepreiserhöhung.

Unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers beschloß sich der Reichsrat am Donnerstag mit der Vorlage über die Preise für das erste Drittel der Getreideumlage. Ohne Erörterung wurde die Vorlage angenommen. Danach betragen nunmehr die Preise für Roggen 20 500 M., für Weizen 22 500 M., für Gerste 19 000 M. und für Hafer 18 000 M. pro Tonne. Diese Preise betragen ein Drittel derjenigen, die am 2. Oktober im freien Handel erzielt wurden. Der Regierungsvorschlag wurde mit 47 gegen 13 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Vertreter Sachsens, Hamburgs, Mecklenburg-Schwerns, Braunschweigs, Anhalts und Saxe-Weimars. Berlin war in der Sitzung nicht vertreten. U. a. wurde noch die Verordnung über die Teuerungszuschüsse für Militärrentner, die eine wesentliche Erhöhung bringen, angenommen. Die Zuschüsse sollen ab 1. Oktober gezahlt werden und betragen für vaterlose und elternlose Waisen, für Schwerbeschädigte und Hausgeldempfänger, die für Kinder zu sorgen haben, 1200, 1800 und 1000 M.

### Schiedspruch für die Magistratsangestellten

In dem Streit zwischen dem Magistrat und dem BdA. um die Beförderungsordnung für die städtischen Hilfsangestellten wurde gestern ein Schiedspruch vom Schlichtungsausschuß abgegeben. Eine Versammlung der Funktionäre der Angestellten am gestrigen Abend nahm zu diesem Schiedspruch Stellung. Krüger berichtete über die Verhandlungen und befahte sich insbesondere mit dem Verhalten des Magistratspräsidenten Dr. Bollbrecht. Derselbe habe sich in gehässiger Weise gegen die Organisation der Angestellten gewandt und mit allerlei Verdrehungen operiert. Schließlich sei er, nachdem sich die Kammer zum Spruche zurückgezogen hätte, an die Vertreter des BdA. mit der Frage herangetreten, ob es denn nicht möglich sei, sachlich zu verhandeln. Das eben habe er durch seine Taktik verhindert.

Der Schiedspruch geht dahin: „Der Magistrat ist verpflichtet, die Gruppen und Bezüge der Hilfsangestellten an die der städtischen Beamtenbeförderungsordnung anzupassen. Es wird jedoch empfohlen, die Beförderungsordnung abzuwarten.“

Rebner schlägt vor, sich mit diesem Beschlusse vorläufig abzufinden. Auch in der Aussprache wurde kein anderer Vorschlag gemacht. Die Aussprache zeigte jedoch, daß auch hier inselge kommunistischer Treibereien das Vertrauen der Mitglieder zur Organisation zu untergraben versucht wurde. Insbesondere wurde auch die Rede, die die Union der Hand- und Kopfarbeiter dabei hielt, ins rechte Licht gerückt. Schmidt schilderte eingehend die Gesamtsituation, forderte zu festem Zusammenhalt auf und bezeichnete den Schiedspruch als einen wertvollen moralischen Erfolg, der sich nach Entledigung der Streitpunkte zwischen Magistrat und Finanzministerium über die Beförderungsregelung zeigen werde.

Begnadigung der letzten deutschen Gefangenen. Die dem BdA. mitgeteilt wird, hat der Präsident der französischen Republik von den noch in Teulon zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen 22 vollkommen begnadigt und die Strafe der übrigen vier im Gnadenwege gemindert.

### An die früheren „Freiheit“-Leser!

Der Schluß des Romans „Der Entgleiste“ ist im Druck erschienen und wird den Berliner Verlegern in den nächsten Tagen durch die Postanstalt nachgeliefert. Die Postabonnenten, welche die Zusendung wünschen, bitten wir um Adressenangabe, soweit dies noch nicht geschehen ist. Vorwärts-Verlag.

### Berliner Notizbuch.

Von Bruno Frei.

#### Völlig naht . . . . .

erlaubt man das Untersetzen der deutschen Reaktionsbestie, durch ein Plakat, das dieser Tage an einigen U-Bahnstationen Berlins angebracht war. „Völlig naht . . .“ gibt es in mächtigen Lettern von der Plakatwand. Der Menschenstrom hält an. Unruhe, Unruhe drängen mit Stockendem Atem vor um auch das Kleingedruckte lesen zu können. Also doch! Das gibt es? Hier wird es öffentlich angepöbeln . . . eine Reaktionsbestie! Was kost es? Dann liest man: . . . steht bald die schaffende deutsche Bevölkerung da, wenn sie weiter duldet, daß die jüdische Ausbeutung . . . das letzte Hemd usw. . . Darum tretet — selbstverständlich! — der Deutschsozialen Partei bei! Gezeichnet — Runge . . . Also Anpöbelung nützt — auf seine Art — die Dollarkaufleute aus! Er macht Bogrombete mit erottischem Vorgehensmaß, so gut wie jeder andere Zirkusausrufer. Bemerkenswert an der Sache ist nur die feilschende Berechnung seines Wüthens — denn er muß es doch kennen! — wirtschaftliche Not, Politik, Judenverfolgung und Rassistikallied aus einem Topf zu essen. Und in der Tat: Der Bluttrich der weißen Bestie ist eine Warte der Psychothopie sexualis; das wird noch festzustellen werden müssen. Wie überall hinter dem weichen Nordmeßer Sotismus und frankschöne Verwilderung und schändend einherziehen — aber zumindest einherziehen möchten — das ist kein Zufall. Es beweist dem Willenden, in welchem Verhältnis die Reaktion zur Kultur steht. Diese Vermengung von Sexualität und Politik in der Rumbildung einer Partei, dieser erotische Käber zu politischem Fischfang, läßt tief blicken. Völlig naht steht das scheußliche Gespenst da — und siehe, es ist nur jämmerlich. Holt den Irrenarzt!

#### Kaiserliche Sozialpolitik.

In der Traumbühnenstraße gibt es eine „Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt“. Man freut sich, daß es so etwas gibt. Wie mächtig und wie wichtig ist das Gebiet! Arbeiterwohlfahrt, das ist Volkswohlfahrt. Die einzige Aufgabe, die einer Regierung Daseinsberechtigung gibt. Hier aber lernt man verlesen, wie sich die kaiserliche Regierung — die Ausstellung ist eine alte Reichsanstalt — die Wohlfahrt des arbeitenden Volkes vorstellt. Da sieht man in einer großen Halle zahlreiche Maschinen aus allen Zweigen der Industrie, Schiffahrts- und Bergwerkseinrichtungen, Baugeräte, kurz jede Art Arbeit in ihrer Betriebsform. Jede Maschine und jeder Betrieb ist musterhaft nach den gemeinpolitischen Vorschriften eingerichtet, mit allen Sicherheitsmaßnahmen, die die Ingenieure empfehlen, um Unfälle zu vermeiden. Ein großes Museum der technischen Sicherheitseinrichtungen ist diese Halle. Sehr belehrend, sehr wertvoll, sehr nützlich! Aber der an-

spruchsvolle Arbeiter geht durch diese Halle, schaut alles genau an, freut sich über das Gezeirte und fragt am Ende — froh wie der Diebeger nun einmal ist — ist dies die ganze Arbeiterwohlfahrt, die ihr zu verapen habt? Arbeiten — und sich nicht die Finger schneiden? Die Antwort seines lösserlichen Herrn prangt an der großen Glaswand, die die Halle hüßlich, wie alles aus der wilhelminischen Zeit, abschließt: Die Maschinerie stellt drei große engelartige Figuren dar. In der Mitte steht und verbeugungsvoll die Religion, rechts davon die Geduld und links die Gerechtigkeit. Alles zur Befriedigung der Arbeiterwohlfahrt. Und der Diener beklagt sich, daß die Arbeiter immer mit diesen roten Hehlblättern herumlopfen . . .

#### Herbstlicher Tiergarten.

Vom Rundblick der Siegesallee überblickt man den weiten rötlich-gelben Laubwald des Tiergartens. Die Blätter fallen und bedecken eine Beute der Verwesung, die Alleen, durch die der kalte Oktoberwind frostlindend weht. Es wird Winter werden. Vornehm tuende Spazierreiter und reitenden führen, ein Bild der Behaglichkeit, ihre Pferde dem Nachmittagsschritt beim. Die großen Lichter des Korios am Zoo blitzen auf. Das Vergnügungsgeschäft beginnt. Die Sanktheit sucht appetitliche An- und Aufregung. Hier blüht man dem Winter sorglos entgegen. Welch ist der Pfütz des Heute — wer denkt an morgen? Uebermorgen — was ist das? Winter? — Wir sind versorgt!

Draußen, im Norden der großen Stadt, in den unermesslichen, öden Straßen der Arbeit, wo Ruhe nur eine dumpfe Schlafpause ist zwischen Arbeit und Arbeit — da hofft die Sorge in den Straßen, da nistet sie in den Hausfluren. Verzweifelt bilden Arbeiterfrauen auf den zerronnenen Verbleib in den Händen. Niemand kann es verstehen. Es ist ein boshaftes Geheimnis um die Geldentwertung. Ist es Lade oder Schicksal? Angststoll und sorgenschwer drückt der Kummer. Die Kinder sind hungrig. Wir werden frieren . . . Der Winter kommt . . . Der Dollar steht auf 2625 . . . !!!

Staatsoper: „Salome“. Die finanzielle Not erlaubt es der Staatsoper nicht, neue Werke herauszubringen. Das Ensemble der Solisten ist zudem kaum so lange und fest beieinander, daß man mehrere Monate auf eine einzige Aufführung verwenden könnte. Was früher heftig getadelte wurde, kann heute nur noch schmerzlich bedauert werden. Schillings arbeitet unterdessen das alte Repertoire auf und gestaltet es darstellerisch interessant durch Gäste, jenseitig durch die Phantasie der Regisseure und Kater. Das ist ökonomisch und klug, auf alles andere wollen wir mit Sehnsucht still warten. Zwischen die Gasspiele Bohnen und Schwarz schob sich ein Gasspiel Rempein. Das überrollte Haus ehrte den Star und jubelte ihm zu als dem bedeutendsten Menschen dieser an Individualitäten nicht reichen Bühne. Ihre Salome ist ein einziges, nach Rusit und Wort geliebtes Spiel der Leidenschaft. Aus Weißbäume wird Trieb, aus Trieb Wille und Trost, aus verletztem Ehrgefühl Rachsucht. Mit der feurigsten Straußmütze wiegt und dehnt sich der Leib, werfen sich Arme in die Luft, krümmen sich im Krampf, rufen zum Marm. Keine Note, keine Sekunde bleibt unerfüllt! Die Angewohnheit, für sich selber, in sich hinein zu singen, wird schnell unter dem Brio des Orchesters abgelegt, und schließlich bedarf sonatistisches Weib und

glühende Rolle so stark, daß die letzte schauspielerische Größe erreicht scheint. Ihr Partner Scheidel ist dabei weniger der begeisterte Prophet, als (bei aller stimmlichen Größe) der kalte Denksator einer ihm zugeschnittenen Idee. Die Aufführung umschließt ein starkes und kluglich sein gestuft, das Bühnenbild Pirchans traditionell würdig in Architektur und Beleuchtung. R. S.

Volkstanz. Das Bezirksamt Lichtenberg veranstaltete gestern einen Einführungsabend der Volkshochschule Groß-Berlin im Festsaal des Cecilien-Concerts, Rathhausstr. 8. Neben anderem wurden auch Arbeiten der „Arbeitsgemeinschaft für praktische Kunstübungen“ gezeigt. Diese Arbeitsgemeinschaft, deren Leiter der Maler und Volkshochschuldozent Alexander Müller-Lichtenberg ist, steht ihr Ziel nicht im Schaffen von Werken der sogenannten „hohen Kunst“, d. h. sie will nicht Bilder malen oder Statuen modellieren. Ihr Betätigungsfeld ist die häusliche Kunstpflege. Von schlichten bürgerlichen Grundformen ausgehend, zeigt der Leiter den etwa 20 Teilnehmern der Arbeitsgemeinschaft, wie sie sich im eigenen Heim einen Kulturkreis schaffen können. Er erweist in ihnen das Gefühl für die Unschönheit, den verlogenen Taktmipprund und die Unzweckmäßigkeit der heutigen Wohnungseinrichtungen und des sie verunstaltenden „Schmuddes“. Er unterweist sie in gemeinsamer Arbeit, bei der einer den anderen kritisiert und unterläßt, mit geringen Mitteln selbst die unscheinbarsten Dinge der Umgebung durch erfinderische und künstlerisch empfundene Gestaltung zu veredeln, neues zu schaffen und alles nach ästhetischen Gesichtspunkten zu ordnen. Diese Arbeit eröffnet weiteste Perspektiven: Wirtschafts- und Produktionsfragen werden gemeinsam erörtert, historische Entwicklungsreihen skizziert und auf ihre bestimmenden Ursachen zurückgeführt. Gefühl für echte Materialbehandlung und Erfindungsgedult sind die Grundlagen der praktischen Arbeit, von der die kleine Ausstellung sehr interessante Beispiele zeigte: gestickte Decken und Kissen, bemalte Kleider, geschmückte Kästen, Spielzeug usw. Alles ehrlich empfunden und gründlich durchdacht und aus dem billigsten Material, Stoffresten, Wollfäden, schlichten Holzbletern usw. hergestellt. Einige Zeichnungen deuten darauf hin, wie die malerischen und plastischen Schmuckmotive entworfen sind, gegenstandslos kleine Malereien dienen der Pflege des rhythmischen Linien- und Farben Sinnes. Wir werden demnächst über die Methode Müllers und seine Lichtenberger Arbeitsgemeinschaft ausführlicher berichten, heute mag es genügen, weitere Kreise der Berliner Arbeiterkassen auf dieses sehr wichtige Unternehmen hinzuweisen. Die Ausstellung selber war leider nur am gestrigen Abend zu sehen. S. S.

Museumführungen. Wie im verflorenen Winter, finden auch an den kommenden Sonntagen vormittags 9—11 Uhr Führungen durch die staatlichen Museen unter der Leitung willenshaltiger Beamten statt. Die Reihe beginnt am 13. Oktober im Kaiser-Friedrich-Museum (Kunst des Byzanz) und in der neu eröffneten Vorklassischen Abteilung im Altem Kunstmuseum (Ueberblick über die vorklassische Kulturentwicklung Europas). Einzelheiten am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Selbstbiographie Richard Dehmels. In Richard Dehmels Rückblick auf ein Romandebüt „Rein Leben“. Als zweiter Band der Dehmel-Gesamtausgabe erscheint das keine Werk „als Ganzes gedruckt“, herausgegeben von Gullas Kirsten, Alfred Rombert und Robert Weiß.

## Kritik an Poincarés Politik.

Paris, 12. Oktober. (G.) Die Kammer trat heute nachmittags wieder zusammen. Der Präsident Raoul Péret verlas die eingebrachten 45 Interpellationen. Die Regierung wählte die sofortige Debatte über die Interpellation über ihre auswärtige und allgemeine Politik. Zunächst jedoch der radikale Abgeordnete Margaine die schlechten Folgen der Politik gegenüber Rußland. Sodann wandte er sich den Orientangelegenheiten zu und sprach gegen die Zurückziehung der französischen Truppen aus der Zone von Ischara. Er wurde von Poincaré mit den Worten unterbrochen: „Dies war eine Initiative, die ergriffen zu haben wir zur Ehre gereicht. Sie trug wesentlich zur Aufrechterhaltung des Friedens bei.“

Nach Margaine sprach der radikalsozialistische Abgeordnete Muellet Jaure. Er erklärte, die allgemeine Regierungspolitik hätte seit neun Monaten den Nachteil, daß Frankreich in eine heisse Lage geraten sei und der Frieden gefährdet wurde. Was die Reparationsfrage betrifft, so sei Poincarés Selbstbewußtsein seinen Ehrgeiz darin, dort Erfolg zu haben, wo seine Vorgänger Mißerfolg erlitten. Da dieser Erfolg aber ausblieb, so erfordere er den Mangel an Ergebnissen mit der Brutalität seiner Haltung. Heute ist die Lage so:

Hält der Ministerpräsident es für möglich, daß Deutschland die Gesamtheit seiner Schulden bezahlen kann?

Jaure verneint diese Frage. Wenn dem aber doch so sei, warum sollte man dann nicht den Mut haben, dies dem Lande zu sagen. Neue Inzeständnisse seien notwendig, besonders in der Frage der Pensionszahlungen. In Frankreich müsse die Wahrheit darüber verbreitet werden, daß Frankreich gezwungen sei, seine Ansprüche zu ermäßigen. Man müsse dem Lande die

### wirkliche Leistungsfähigkeit Deutschlands

Karlegen. England und die Vereinigten Staaten würden Frankreich nur dann seine Schulden erlassen, wenn sie sehen würden, daß dies in ihrem Interesse läge. Das heiße, wenn sie die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Wiederherstellung erblickten würden. Gegenwärtig sehe man die einzige Möglichkeit, von Deutschland bezahlt zu werden, in der Ausgabe einer internationalen Anleihe. Aber das Geld befindet sich in England und den Vereinigten Staaten und bei den Neutralen. Die französische Politik müsse also den Ansprüchen dieser Völker entsprechen, die einen dauernden Frieden wünschten.

Der Redner kommt dann auf die jüngsten Reden Poincarés zu sprechen und stellt fest, daß ohne andere Abmachungen mit den Alliierten Deutschland nur das zahlen werde, was es zahlen wolle, und zwar in dem Maße, wie es glaubt, daß es in seinem Interesse läge, sich seiner Schulden zu entledigen. Daß durch den Friedensvertrag ausgerichtete Gebäude sei teilweise zerstört. Der Beifriede nach dem Versailler Vertrag auf ein enges Einverständnis zwischen den Alliierten gegenüber Deutschland und Rußland aufgebaut. Allerdings war dadurch Europa in zwei Lager geteilt. Aber der Frieden war erhalten. Was würde Frankreich in fünfzehn Jahren anfangen, wenn es isoliert sei, angeht eines wirtschaftlich wiederhergestellten Deutschlands, nachdem dies wieder in den Vollbesitz seines Kreditvermögens gelangt sein werde. Zumal Deutschland eine viel höhere Geburtenziffer aufzuweisen habe, als Frankreich? Es wäre dies die Zerstörung Europas und der Untergang der Zivilisation. — Die Sitzung dauert fort.

Schon jetzt möchten wir bemerken, daß der Ausgang dieser Debatte gar nicht zweifelhaft sein kann. Poincarés Prestige ist trotz seiner offensivendigen Mißerfolge in der Reparationspolitik in letzter Zeit wesentlich gestiegen, weil er sich in der Orientkrise im Gegensatz zu Lloyd George als den Friedensretter hinstellen kann, wie überhaupt Frankreich in dem griechisch-türkischen Kriege auf das richtige Pferd gesetzt hat. An eine empfindliche Erschütterung der Stellung Poincarés durch die Angriffe dieses oder jenes Interpellanten ist daher einzuwirken nicht zu denken. Die Ausführungen Jaures sind jedoch um so bemerkenswerter, als sie von einem ehemaligen Mitglied der Regierung Clemenceaus stammen und weil sie sich mit einer auf bürgerlich-französischer Seite bisher noch nicht beobachteten Energie und Deutlichkeit gegen die Illusionen wenden, die der Nationale Block seit drei Jahren über die Leistungsfähigkeit Deutschlands unterhält.

Jubiläum von Herman Heijermans. Der bekannte holländische Theaterdichter Herman Heijermans, dessen „Hoffnung auf Segen“ über zahlreiche europäische Bühnen gegangen ist, begeht in diesen Tagen sein fünfzigjähriges Jubiläum zum Theater. In Holland wird Heijermans anlässlich dieses Jubiläums sehr gefeiert. So fand am Sonntag in Rotterdam nach der Aufführung seines Stückes „Schakels“ (deutsch: „Kettenglieder“) eine große Huldigung in der „Großen Schauburg“ statt. Die Sozialdemokratische Partei Hollands ließ dem Dichter durch H. B. de Jeeuw ein Blumenarrangement überreichen, ferner sprach A. H. Lühes im Namen der organisierten Arbeiter von Heijermans Geburtsort Rotterdam. Er begrüßte Heijermans als den Mann der proletarischen Kunst und überreichte einen Lorbeerkranz mit roten Bändern. Weitere Gaben brachten das „Rotterdamische Sozialistische Ensemble“, die Schauspielergesellschaft „Union“ u. a. m. Heijermans dankte in herzlichen Worten und sprach die Hoffnung aus, sich bald von seinem Direktorenposten zurückziehen und ganz der Literatur widmen zu können. Neunliche Feiern fanden und finden in diesen Tagen in ganz Holland statt, in Amsterdam, Hengelo usw. Unsere Leser erinnern sich, daß Genosse Heijermans auch längere Zeit Mitarbeiter des „Vorwärts“ war. Der einem Duzend Jahren war er mit einer eigens zusammengestellten holländischen Gastspieltruppe in Berlin, und es wurde im Theater in der Königgräber Straße eine größere Anzahl seiner Stücke aufgeführt.

Die 400. Wiederkehr der ersten Weltumsegelung. Am 8. September waren es 400 Jahre her, seitdem das erste Schiff den Weg rund um den Erdball gefunden hatte. Zu dieser Großleistung brauchte man damals 3 Jahre weniger 18 Tage. Der berühmte portugiesische Seefahrer Magalhães hatte die Reise im Auftrage Spaniens, und zwar Kaiser Karls V., unternommen. Am 20. September 1519 legte er mit 5 Schiffen los, entdeckte im kommenden Jahre die Fahrt rund um Südamerika herum, wo noch heute die Magelhaensstraße seinen Namen trägt. Quer durch die Südsee gelangte er zu den Philippinen, wo er im April 1521 im Kampf fiel. Nur ein einziges Schiff seiner Flotte kehrte nach dreijähriger Abwesenheit in die Heimat zurück. Die erste Erdumsegelung ist eine der größten Taten aller Zeiten. Durch sie wurde zum erstenmal die Kugelform der Erde sinnfällig erwiesen, ihre Größe bekannt und weite Meere und Länder erschlossen. — Die Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin wird am 14. Oktober die Erinnerung an diese Tat durch eine Festigung begehen, zu der die Reichsbehörden und der spanische Botschafter und portugiesische Gesandte eingeladen sind. Prof. Dr. Georg Wegener von der Handelshochschule Berlin wird die Festrede halten.

Tafel Schmarra hat zum seiner Wahlkreise als die Stelle einer

Ein Kuriosum in der japanischen Geschichte wird in diesem Wintersemester in Dientaillu ein Seminar unter Leitung des Dr. Nishida betriebe. Dasselbe ist wesentlich und die Teilnehmer an seine Bestimmung enthält. Anwesenden haben persönlich im Gedächtnis der Seminars, Fortschritte, 7. westlich von 11—1 Uhr vom 16. Oktober ab zu erfolgen. Schriftliche Bemerkungen können nicht berücksichtigt werden. Ein russisches Gymnasium in Danzig. Mit Genehmigung des Danziger Senats ist in Danzig eine höhere russische Schule gegründet worden, in der Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet werden sollen. Der Lehrplan der achtjährigen Anstalt ist dem Lehrplan der russischen Gymnasien vom Jahre 1916 angepaßt.

Bereits in einer Debatte kurz vor den Parlamentsferien hatte Jaure ähnliche Gedankengänge, wenn auch viel vorsichtiger, entwickelt und war von der Kammermehrheit buchstäblich niedergebrellt worden, die ihm seine Offenherzigkeiten um so weniger verzeihen konnte, als er einst selbst dem Nationalen Block angehörte. Es bleibt nun aus den ausführlicheren Sitzungsberichten abzuwarten, wie die nationalistische Parlamentsmehrheit diesmal auf eine Rede reagiert hat, in der zum erstenmal u. a. an dem Wunderglauben einer Ersetzung der französischen Militär- und Kriegerwitwenpensionen durch Deutschland gerüttelt wird.

## Poincaré dankt Lenin!

Die französisch-russische Annäherung.

Moskau, 12. Oktober. (W.B.) Heute hat Herriot seine Rückreise nach Paris angetreten. In einer Unterredung mit Mitarbeitern der „Sweslja“ sprach er sich über seine Eindrücke bezüglich des fortschreitenden Wiederaufbaus Rußlands aus. Die kommende französisch-russische Annäherung werde keine Allianz der Regierungen, sondern eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Völker sein. Die gegenseitige Entsendung von Handelsdelegationen sei der nächste Weg zur Annäherung. Herriot betonte nachdrücklich die Gemeinsamkeit der französisch-russischen Orientinteressen und teilte das Antworttelegramm Poincarés auf seine diesbezüglichen Informationen mit, in dem Poincaré Herriots Standpunkt unterstützt und der Sowjetregierung seine Dankbarkeit für den herzlichen Empfang Herriots übermitteln läßt. Herriot werde in Frankreich eine großzügige Propaganda für die Wiederaufnahme der französisch-russischen Beziehungen entfalten.

Ein russisches Dementi. Die Nachricht über die Verhaftung des Zentralausschusses der Gewerkschaften, die vom Rigoer Korrespondenten der „Times“ stammt, wird von der Pressestelle der russischen Botschaft in Berlin als boshafte Lüge bezeichnet.

## Der Tag der Verteidiger.

Leipzig, 12. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Für Gerichtshof und Zuhörer war der Tag der Verteidiger kein großer, nur ein ermüdender Tag. Das ist am wenigstens Schuld der Rechtsanwälte, die sich vor eine überaus schwierige Aufgabe gestellt haben. Wer von ihnen hätte einen Klienten gehabt, für den er sich mit ehrlicher Herzenswärme und Begeisterung hätte einsetzen können? Auch der zu Unrecht in die Geschichte verwickelte Boh, dessen Freisprechung vom Oberreichsanwalt selbst beantragt wurde, ist eben keine Lichtgestalt. Die andern aber, die mehr oder minder Schuldigen? Man hat es in politischen Mordprozessen erlebt, daß die Angeklagten durch den Mut ihrer Verantwortung, das lobende Feuer ihrer Leidenschaft selbst Gegner mit fortgerissen und zur Achtung gezwungen haben. Aber hier? Man hat noch niemals in einem ähnlichen Prozeß eine ähnlich erbärmliche Gesellschaft auf der Anklagebank gesehen. Ihre Verteidigung war daher gewiß eine undankbare Aufgabe.

Der Justizrat Hahn, den man mit Recht als den Verteidiger der Deutschnationalen Partei in diesem Prozeß bezeichnete, hat sich nochmals bemüht, darzutun, daß die völkische und antisemitische Bewegung auf diesem Mord keine Schuld trüge. Er hat damit die Verteidigung desjenigen Klienten übernommen, dessen Fall am aussichtslosesten liegt. Im übrigen waren die Verteidiger bemüht, ihre Klienten in der Bewertung ihrer Mitschuld günstig zu klassifizieren, als der Ankläger es getan hatte: Statt Täterschaft Beihilfe, statt Beihilfe Begünstigung; in einzelnen Fällen versuchten sie die gänzliche Unschuld ihrer Klienten nachzuweisen. Dabei hatte der Verteidiger Isfemanns die verhältnismäßig günstigste Position.

Am Freitag gehen die Reden weiter.

### Verhandlungsbericht.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

BS. Leipzig, 12. Oktober.

R.-A. Hahn sagte zur Verteidigung der Tschows weiter, Kern habe das Verbrechen letzter Endes aus politischem Fanatismus begangen. Wenn die Anklage annehme, daß an dem Mord auch

### der jamaikische Antisemitismus

der Täter schuld trage, so habe die Verhandlung keinen Beweis dafür erbracht. Ernst Werner Tschow sei nicht Mörder, sondern Gehilfe gewesen. Er habe zu einer fremden Tat Beihilfe leisten, aber nicht eine eigene Tat ausführen wollen.

Bei seinem Bruder Hans Gerd Tschow sei Beihilfe nicht erwiesen, es entstehe die Frage, ob er die zur Strafbarkeit erforderliche Ehrlichkeit nach der Darstellung des Hausarztes gehabt hätte. Auch eine Begünstigung liege nicht vor, da bei ihm lediglich der einheitliche Beschluß bestand, seinem Bruder zu helfen. — Der Verteidiger wandte sich dann gegen den Antrag des Oberreichsanwalts auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, die, wie er erklärte, ihn tief erschüttere; habe, denn die Angeklagten würden dadurch zu schreien, feigen Mörder erklärt, die sie nicht gewesen seien. Sie hätten den Mord aus reinen politischen Einstellung begangen, um die Machtverhältnisse in Deutschland zu ändern. Deswegen bleibe es aber doch ein politischer Mord.

Der zweite Verteidiger der Gebrüder Tschow, R.-A. Dr. Sack-Berlin wandte sich in längeren Ausführungen gegen die Darstellung des Oberreichsanwalts, daß Ernst Werner Tschow als Mitäter zu betrachten sei. Tschow sei Mitglied der Organisation C., die zu verteidigen kein Anlaß bestehe, bei der aber auch nicht vergessen werden dürfe, daß sie in eine schiefe Lage geraten sei, weil sie, obgleich in Oberschlesien für die Republik eingeseht, später nicht geschützt worden sei.

Hierauf plädierte R.-A. Dr. Suetgebrune-Wittingen gleichfalls für die These, daß Ernst Werner Tschow sich nicht des Mordes, sondern nur der Beihilfe zur Tat schuldig gemacht habe. Tschow habe in noch nicht verurteiltem militärischen Subordinationsverhältnis dem Kern einsatz Ordre pariert. Tschow ging auf Droht, wie man sagt. Das sei aber typische Beihilfe.

Für den Angeklagten Günther plädierte R.-A. Söllmid-Berlin. Er sprach sein Erstaunen darüber aus, daß der Oberreichsanwalt Günther in so scharfen Worten charakterisiert habe, ohne die frankste Veranlassung Günthers zu berücksichtigen. Das Schicksal dieses Angeklagten sei ein tieftrauriges, denn er sich ein am 20. abgesetzt von seinen Parteien und verlassen von seinen Freunden. In längeren Ausführungen wies der Verteidiger dann auf die pathologische Veranlassung, auf die Hemmungsfähigkeit und Renommiersucht Günthers hin, der immer das Bestreben gehabt habe, eine Rolle zu spielen. Sein angeblich ungünstiger Einfluß auf andere Leute sei nicht erwiesen. Im Gegenteil sei Günther selbst ein sehr leicht beeinflussbarer Mensch gewesen. So habe er bis vor kurzem den Erbberger-Mord schwer verurteilt und Rathenau zwar als politischen Gegner angesehen, ohne die Absicht zu seiner gewalttätigen Beseitigung zu haben, um

## Urquhart gegen die Sowjetregierung.

London, 12. Oktober. (D. E.) Die heutigen Londoner Blätter veröffentlichen Erklärungen Leslie Urquharts, der in scharfer Form gegen die Nichtratifizierung eines Vertrages mit der Sowjetregierung Stellung nimmt. Nicht geringer als für ihn selbst sei die Enttäuschung für Krassin, Litwinow, Tschitschewin und zahlreiche andere Sowjetführer gewesen, die an der Ausarbeitung des Vertrages angefertigt gearbeitet und die sofortige und automatische Ratifizierung für gesichert gehalten hätten. Als sie aus politischen Rücksichten für die Nichtratifizierung eines rein wirtschaftlichen Vertrages stimmten, hätten die Führer Rußlands indessen nicht bedacht, daß kein Geschäftsmann einem Lande, in dem derartiges geschehe, Vertrauen schenken könne. Wiederum werde man in der ganzen Welt die Ausschichten auf Betätigungsmöglichkeiten in Rußland als hoffnungslos betrachten. Rußland müsse einsehen, daß es vom Ausland keine finanzielle Hilfe und nicht einen Penny englischen Kapitals zu erwarten habe, solange der Vertrag nicht ratifiziert und das Vertrauen zu den wirtschaftlichen Abschlüssen der Sowjetregierung nicht wiederhergestellt sei. Urquhart wandte sich ferner dagegen, daß die Fassung des Beschlusses der Sowjetregierung den Eindruck erwecke, als habe es sich um die Erteilung einer neuen Konzession und nicht vielmehr um die Rückzahlung des früheren Besesses gehandelt. Die Ansprüche der Russo-Asiatic-Consolidated auf eine Entschädigung von 50 Millionen Pfund für die Nationalisierung ihrer Betriebe seien durch die Nichtratifizierung des Vertrages wieder in Kraft getreten. Zum Schluß äußert Urquhart die Gewißheit, daß nach Erledigung der föderalen politischen Verhältnisse kein Vertrag wieder auf der Tagesordnung erscheinen werde. Dies sei auch die russische Auffassung. Die zwingenden Gründe für den Abschluß des Vertrages bleiben bestehen. Es handle sich um einen lästigen Ausschub und nicht um einen vollen Bruch.

Beschlagnahmt und wieder gestohlen. Nach einer Meldung des R.B. beschlagnahmten Ententeoffiziere in einer Drifschiff am Chiemsee mehrere tausend Gewehre, die in Schuppen lagerten. In der folgenden Nacht seien jedoch die Besizer der Schuppen überfallen und die Gewehre gestohlen worden. — Dergleichen kann natürlich nur in einer „Ordnungszelle“ geschehen!

dann plötzlich mitten in die Norddoorbereitungen zu geraten, weil er dem

### gewaltigen Einfluß Kerns und Fischers

unterlag. Daß Kern und Fischer die Tat mit Ueberlegung ausgeführt hätten, sei außerordentlich zweifelhaft. Bei Günther könne angeht seiner psychologischen Veranlassung nicht festgestellt werden, daß er in dem Bewußtsein die Tat unternahm, daß die Haupttäter sie mit Ueberlegung ausführen würden. Aus beiden Gründen läme für ihn Beihilfe zum Totschlag in Frage und zwar unter Berücksichtigung mildernder Umstände, die in seiner erheblich verminderten Zurechnungsfähigkeit, in seinem offenen Geistesstand und seiner Jugend zu finden seien.

Für den Angeklagten v. Salomon bat R.-A. Dr. Bohl um Freisprechung. In längeren Ausführungen suchte er nachzuweisen, daß v. Salomon erst durch Kern mit allen übrigen Beteiligten befangen worden sei, daß er also keineswegs von vornherein als Mitglied einer Bande zu betrachten war. Daß er in den Mordplan eingeweiht worden sei, habe die Verhandlung nicht bewiesen. Der Verteidiger suchte dann an Hand zweier Episoden, die er, wie er sagte, gegen den Willen seines Mandanten schilderte, nachzuweisen, daß v. Salomon selbst das Bestreben gehabt habe, öffentlich seine Unschuld zu beweisen. So habe er bei seiner Verhaftung im ersten Moment den Gedanken erwohnt, von der neben ihm liegenden Waffe Gebrauch zu machen, habe diesen Gedanken wieder sofort fallen gelassen, und später auf seinem Eisenbahntransport nach Berlin habe er

### die Möglichkeit einer Flucht,

die sich dadurch bot, daß seine beiden Begleiter fest schliefen, absichtlich nicht benutzt. Von einer Anzeigepflicht könnte bei v. Salomon schon deshalb keine Rede sein, weil er die objektive Ueberzeugung hatte, Tillessen hätte Kern von seinem Plan abgebrach.

In kurzen Ausführungen kam R.-A. Suetgebrune für den Angeklagten Niedrig zu dem Schluß, daß aus rechtlichen Gründen Niedrig wegen Beihilfe nicht verurteilt werden könne. Ob er sich des Vergehens nach § 139 schuldig gemacht habe, hänge davon ab, ob ihm das Gericht glaube, daß v. Salomon ihm den Mordplan mitgeteilt habe. Die Entscheidung darüber überließ der Verteidiger dem Gericht.

R.-A. Dr. Sack-Berlin bat um die Freisprechung des Angeklagten Barneke, da keinerlei Beweis dafür erbracht sei, daß er sich der Beihilfe oder des Vergehens nach § 139 schuldig gemacht habe.

R.-A. Bloch-Berlin ergriff dann das Wort zu einem längeren Plädoyer für die von ihm verteidigten Angeklagten Steinbeck, Tillessen und Blaas. Was Steinbeck betreffe, so sei in der ganzen Verhandlung auch nicht eine einzige Tatsache hervorgehoben, die Steinbeck mit dem Rathenau-Mord in Beziehung bringe. Die Vermutung des Anklagevertreters allein und die von ihm angenommene Wahrscheinlichkeit für eine Beteiligung Steinbecks dürfe auf keinen Fall als ausreichend angesehen werden, um ihn zu bestrafen. Was

### den Angeklagten Tillessen

angehe, der als die heiß umstrittenste Person und markanteste Erscheinung bezeichnet worden sei, so müsse bedauert werden, daß auch der Oberreichsanwalt betont habe, daß der Name im Erbberger-Mord, im Scheidemann-Attentat und auch in der vorliegenden Mordsache immer wiederkehre. Es sei doch nicht derselbe Tillessen, auf dem der furchtbare Verdacht der Ermordung Erbbergers ruhe. Die Verhandlung habe ergeben, daß Tillessen, als er von Berlin abreiste, in seinem Sinn die Gemächtheit mitgenommen habe, daß die Tat unterbleiben würde. Kronzeuge dafür sei Kriminalkommissar Göpner, der in anschaulicher Weise das Verhalten Tillessens geschildert habe, als man diesem sagte, Kern und Fischer seien die Täter. Dasselbe gelte für Blaas. Der unselige Verdacht, der auf Heinrich Tillessen ruhe, dürfe dem unbestraften Angeklagten nicht zum Nachteil gereichen. Der Verteidiger schloß seine Ausführungen, indem er um die Freisprechung von Tillessen und Blaas bat.

Hierauf plädierte nach R.-A. Greving für den Angeklagten Isfemann. Er schilderte den Angeklagten als einen durch und durch militärischen Menschen, der nur deshalb nach Deutschland zurückgekommen sei, um wieder in die Marine einzutreten. Sein erstes Verhängnis war, daß er in das Bureau von Bode eintrat, wo er statt eines Agenten, ein Agitationsgeschäft fand. Das zweite Verhängnis war, daß er dem Kern, den er immer noch als seinen alten Vorgesetzten betrachtete, die Raschenspitze aufhob. Der Angeklagte sei politisch jedoch insofern, er verabscheue jede Gewalttat und stehe insbesondere allen politischen Organisationen vollkommen fern. Man könne bei ihm nicht davon sprechen, daß er Beihilfe zu der Tat geleistet habe. Das habe die Beweisaufnahme ergeben und vollends der Punkt der Anklage zusammengebrochen, daß Isfemann dazu ausersehen war, den Bankier Wardburg zu ermorden. Der Verteidiger bat um Freisprechung seines Mandanten falls das Gericht in seinem Verhalten aber doch eine Schuld erblickte sollte, so ersuche er um eine milde Bestrafung des Falles, eventuell um eine Bewährungsfrist.

Darauf wurde die Verhandlung geschlossen und auf Freitag morgen 9 Uhr vertagt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Reichsgewerkschaftslagerung in Berlin.

B. S. Den zweiten Tag der dritten ordentlichen Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter eröffnete der Organisationsbericht, den Gewerkschaftssekretär Fuhrmann erstattete. Der erste Sitzungstag war mit einem Vortrage von Dr. Heinz Potthoff (München) über die Entwicklung des Arbeits- und Beamtenrechts beschlossen worden. Nach dem Organisationsbericht begann die Debatte über die vorläufige Vereinbarung zwischen Reichsgewerkschaft und Deutschem Eisenbahnerverband, bei der auch der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes Scheffel zu Worte kam. Er betonte mit Nachdruck, daß diese Vereinbarung im Sinne der auf der Generalversammlung des DGB. angenommenen Entschliessung möglichst rasch zu einem festen Verhältnis zwischen den beiden Organisationsformen geführt werden müsse. Das bisherige Abkommen könne in der vorliegenden Form nicht für Zeit und Ewigkeit bestehen. Durch den endgültigen Zusammenschluß der beiden Organisationsformen solle ein einheitlicher Machtfaktor geschaffen werden. Der Redner schlug die Bildung von Fachabteilungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter vor, mit eigenen Verwaltungen in einer Einheitsorganisation vereinigt.

Lokomotivführer Warstein (Oberfeld) hielt die Scheffelschen Ansichten nicht geeignet für eine dauernde Verständigung. Man verkenne im Vorstande des DGB. die Unterschiede zwischen dem Beamten- und Arbeiterverhältnis, wie sie in dem Vortrage Dr. Potthoffs so überzeugend dargestellt seien. Die bisherige Geschlossenheit der Eisenbahnbeamten sei gefährdet, wenn die Forderung auf Einheitsorganisation mit dem DGB. aufrechterhalten werde. Der Redner forderte schließlich das grundsätzliche Festhalten an der parteipolitischen Neutralität und die Wahrung ihrer gewerkschaftlichen Selbstständigkeit. Auch die folgenden Diskussionsredner schlossen sich der Darstellung Warsteins an.

Es wurde eine Entschliessung eingebracht, in der ausgesprochen wird, daß alle Beamtengruppen in engerer Solidarität zusammenarbeiten sollen, daß ferner die in den jetzigen Organisationsformen für die Zusammenarbeit bestehenden Schwierigkeiten

### In gegenseitiger Verständigung

beseitigt werden und daß, wie die Arbeiter und Angestellten ihre geschlossene Vertretung haben, auch die Beamten durch den DGB. in der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerfront ihre selbständige Vertretung unter Wahrung der parteipolitischen Neutralität haben.

In Ergänzung dieser Entschliessung wurde dann ein Antrag des geschäftsführenden Vorstandes angenommen, in dem ausgesprochen wird, daß die Reichsgewerkschaft nicht der Ansicht der Generalversammlung des DGB. in München beitreten könne, daß dieses Ziel nur auf dem Wege der Bildung einer Einheitsorganisation der Reichsbahner erreicht werden könne. Sie stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß unter Wahrung der Selbstständigkeit und der Lebensnotwendigkeit beider Organisationen und unter Anerkennung der parteipolitischen Neutralität die bestehende Arbeitsgemeinschaft schlagfertig ausgebaut werden müsse.

Hierauf fand nochmals eine lebhafteste Debatte statt und es erhielt der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, Menne, das Schlusswort: Das Verhältnis zwischen den beiden Organisationen solle auch im Falle abnehmender Entschliessungen ein freundschaftliches bleiben. In diesem Falle würde allerdings ein Vakuum entstehen, das zu einem Zustand gewerkschaftlicher Ohnmacht führen müßte.

## Hände weg vom Achtstundentag der Lehrlinge!

Der „Vorwärts“ berichtete in Nr. 433, daß bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats von den Arbeitgebern des Handwerks der Antrag gestellt wurde: „Lehrlinge dürfen außerhalb der normalen Arbeitszeit täglich bis zu einer Stunde zur Vorbereitung, und Aufklärungsarbeiten verwendet werden.“ Trotz des Widerspruchs der Arbeitnehmervertreter und entgegen der Stellung der Regierung wurde dieser Antrag mit einer Stimme Mehrheit, 15 zu 14, angenommen. Es ist notwendig, gegen diesen Beschluß Stellung zu nehmen, um unbedingt zu verhindern, daß der Antrag zum Gesetz erhoben wird.

In der Praxis bedeutete dieser Antrag eine Durchbrechung des Achtstundentages. Er wird zur Folge haben, daß die Lehrlinge nicht nur eine Stunde länger als die Erwachsenen beschäftigt werden können, sondern daß sie es überall und allgemein werden. Dieses „Höchstmaß“ wird von den Handwerksmeistern zum Normalmaß gemacht werden. Man bedenke doch nur ihre dem Achtstundentag feindselige Allgemeinstellung. In der Praxis würde mit diesem zum Gesetz erhobenen Antrag für die Lehrlinge der Neunstundentag festgesetzt — im Widerspruch mit den auch von Deutschland angenommenen Beschlüssen der internationalen Arbeitsorganisation beim Völkerbund, die im November 1919 in Washington gefaßt wurden und die den Achtstundentag festsetzten. Bei den starken Bestrebungen der Arbeitgeber, den Achtstundentag abzuschaffen, ist alle Aufmerksamkeit dringend nötig, um zu verhindern, daß es ihnen gelingt, auf Schleich- und Unwegen eine Arbeitszeiterweiterung durchzubringen. Sie versuchen mit diesem Antrag, am Punkt des geringsten Widerstandes anzusetzen. Ist erst Breche in den Achtstundentag geschlagen, dann wird man sagen, wenn die Jugendlichen 9 Stunden arbeiten, dann können es die Erwachsenen auch. Besonders in kleinen Betrieben liegt so häufig auf den Erwachsenen ein moralischer Druck, den Achtstundentag aufzugeben. Und allmählich wird mancher diesem Druck nachgeben. Die längere Arbeitszeit greift immer mehr um sich, man bedenke dabei stets die ablehnende Haltung der Arbeitgeber zu dem Achtstundentag, ihr stetes Bemühen, ihn abzubauen. Hier heißt es, den Anfängen zu widerstehen: darum muß den Lehrlingen geholfen werden, daß ihnen der Achtstundentag ungehindert erhalten bleibt. Die Arbeitszeiterweiterung bei den Lehrlingen ist keine Frage, die nur die Lehrlinge allein angeht. Sie ist wichtig und folgenreich auch für die Erwachsenen. Darum dürfen diese im eigenen Interesse nicht zulassen, daß für die Schwachen, die Jugendlichen der Achtstundentag durchbrochen wird.

Mit Recht haben in der fraglichen Sitzung die Vertreter der Arbeitnehmer darauf hingewiesen, daß die Arbeitszeiterweiterung nur dazu dient, die Lehrlinge schärfer auszubeuten. Die Arbeitgeber erwiderten mit der ewigen Phrase, die sie in der Jugendarbeiterfrage bei jeder Gelegenheit zur Hand haben: der Antrag liege „im Interesse der Erziehung“, des Lehrverhältnisses. In Wirklichkeit geht es ihnen um den Vorteil einer Stunde gering oder überhaupt nicht entlohnter Arbeit.

Man greift sich verständnislos an den Kopf, wenn man hört, daß gerade bei den Schwächsten und Jüngsten die Arbeitszeit am längsten sein soll. Wenn der Achtstundentag das Ziel der Erwachsenen war im Interesse ihrer Gesundheit und der Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit und wenn er für die Arbeit genug umschließt, um wieviel mehr muß er es für die Lehrlinge! Einmal zugestanden, der Jugendliche in der Werkstatt habe wirklich leichtere Arbeit zu tun als der Erwachsene, so ist dafür seine Kraft auch schwächer, sein Körper noch nicht voll entwickelt, so daß seine leichtere Arbeit für ihn die gleiche Leistung und Ermüdung bedeutet wie die schwerere für den Erwachsenen. Dazu soll er noch eine Stunde länger arbeiten! Das ist eine starke Zumutung. Hinzu kommt noch ein weiteres. Die Lehrlinge, die jetzt und noch auf lange Jahre hinaus in der Lehre stehen, sind ausgewachsen in den miserablen Ernährungsverhältnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit. Die Schulkosten beweisen es, daß sie zum großen Teil unterernährt sind. Am Antrage der Volksgesundheit darf es nicht zugelassen werden, daß ihnen eine längere Arbeitszeit auferlegt wird als den Erwachsenen. Das deutsche Volk hat alles Interesse daran, daß es vollwertige Arbeiter gewinnt, daß seine Arbeitskraft nicht verschleudert wird, also muß Rücksicht genommen werden auf den durchweg schwachen Körperzustand der jetzigen Jugend. Es ist unmöglich, daß man ihr mehr aufbürdet als den Erwachsenen. Es hieße Kaubau treiben am wirtschaftlich wertvollsten Gut der Nation, seiner künftigen Arbeitskraft. Gerade die Jugend, die die Lehre der Kriegs- und Nachkriegszeit mit Unterernährung durchgemacht hat, hätte es dringend nötig, so viel als nur denkbar in frischer Luft, in freier Sonne zu sein. Statt dessen müdet man ihr zu, länger als die Alten zu schaffen. Es ist unglaublich. Die Gesamtheit wird später um so höhere Ausgaben für dadurch erzeugte, begünstigte Schwindsucht, Nerven- und Knochenkrankheiten aufzubringen haben. Es geht nicht an, daß die Arbeitgeber des Gewerbes ihr Interesse befriedigen dürfen auf Kosten der Schwächsten, auf Kosten unserer durch Unterernährung geschwächten Jugend.

In der fraglichen Sitzung wies ein Arbeitgeber darauf hin, dieser Antrag entspreche den in der Praxis schon bestehenden Verhältnissen, er mache nur zum Gesetz, was schon üblich sei. Mit dieser Erklärung haben die Arbeitgeber des Handwerks offen zugegeben, daß sie sich, wo keine Kontrolle durch wirksame Arbeiterorganisationen besteht, nicht an den Achtstundentag halten. Es müßte darauf hingewirkt werden, und zwar mit allen Mitteln, daß ein solcher Mißbrauch aufhört, nicht aber, daß er zum Gesetz wird.

Dieser Antrag darf nicht Gesetz werden, im Interesse der Erwachsenen wie der Jungen und der Gesamtheit des Volkes. Es handelt sich um die Gesundheit, und die ist das allerwichtigste Erfordernis für die Tüchtigkeit der Arbeiter, der künftigen Arbeitskraft Deutschlands, es handelt sich um die Erhaltung des Achtstundentages!

### Ein Appell an die Innungen und Lehrherren!

Die Gewerkschaft in Hamburg hat bezüglich der Unterhaltungsbeihilfe für Lehrlinge folgenden öffentlichen Aufruf erlassen:

„Die dauernde Steigerung der Preise für alle Lebensmittel, die insbesondere durch die Geldentwertung hervorgerufen ist, läßt es als eine dringende Notwendigkeit erscheinen, daß den Handwerkslehrlingen, die nicht Kost und Wohnung vom Lehrherren erhalten, eine angemessene Entschädigung als Beihilfe zu ihren Unterhaltungskosten gewährt wird. Da es der Kammer nicht möglich ist, hierfür bestimmte Richtlinien festzusetzen, geben wir hiermit allen Lehrherren und Innungen anheim, ihrerseits, der jeweiligen Kaukraft der Mark entsprechend, die Beihilfentschädigung festzusetzen, ohne Rücksicht darauf, ob etwa im Lehrvertrag andere Bestimmungen getroffen sind oder nicht. Die völlig veränderten Zeiten bringen es leider mit sich, daß die Eltern der Lehrlinge für deren Unterhaltungskosten eine gewisse Entschädigung, die jedoch niemals als Lohn oder Vergütung angesehen werden darf, bekommen müssen. Aus dem Grunde hoffen wir zuversichtlich, daß dieser Aufruf nicht unbeachtet bleiben wird.“

Es ist dringend zu wünschen, daß alle Innungen und sog. gewerkschaftlichen Korporationen diesen warmen Appell beherzigen und im Interesse der Hochhaltung der Meisterlehre Entschädigungslagen für Kost und Wohnung bewilligen werden, die der Entwertung des Geldes einigermaßen angemessen erscheinen. Es gibt leider noch zahlreiche Lehrmeister, die sich den Teufel darum kümmern, wie die ihnen anvertrauten Lehrlinge bei der heutzutage bestehenden Teuerung durchs Leben kommen.

Der Berliner Handwerkskammer empfehlen wir dieses Vorhaben der Hamburger Gewerkschaft zur gefälligen Beachtung. Aber auch ohne besondere Aufforderung derselben steht den Berliner Innungen und sonstigen Handwerksmeistervereinigungen durchaus nichts im Wege, der wirklich notwendigen öffentlichen Meinung zu folgen. Die einzelnen Lehrherren brauchen aber auch darauf nicht zu warten, um sich in dieser Beziehung etwas mehr anzustrengen als bisher. Es ist sehr notwendig.

### Die Löhne der Schuhmacher der Reparaturbranche.

Der Zentralverband der Schuhmacher berichtet: Mit den Schuhmachereinnahmen Groß-Berlins wurden durch Vereinbarung die Löhne der Schuhmacher in den Kleinbetrieben der Innungen für die Zeit ab 16. Oktober 1922 auf folgender Grundlage neu geregelt: Der Mindeststundenlohn beträgt für Arbeiter in mechanischen Betrieben 77,50 M., für Arbeiterinnen 63,50 M., für Arbeiter in handwerkswähligen Betrieben 72 M., für Arbeiterinnen 63 M. Für Akkordarbeiter wird der bisherige Zuschlag auf die Höhe des Mindestlohnstarifes vom 4. September 1922 von 30 Proz. auf 80 Proz. erhöht. Der Stücklohn für ein Paar Herrensohlen und -absätze beträgt jetzt 227 M., solant genäht 194,50 M. und genäget 146 M.; für Damensohlen und -absätze, kurz genäht 194,50 M., solant genäht 162 M. und genäget 130 M.; für Herrenabsätze 65 M., für Damenabsätze 49 M. Die neuen Lohnstarife werden in den außerordentlichen Bezirksversammlungen am 16. Oktober unentgeltlich ausgegeben. Die Kollegen werden ersucht, in den Versammlungen zu erscheinen und für die Durchführung des Tarifvertrages Sorge zu tragen.

### Neuregelung der Sonntagsruhe für Angestellte.

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichswirtschaftsrat einen Geleitensentwurf über die Neuregelung der Sonntagsruhe für Angestellte zugehen lassen. Dieser Entwurf bedeutet insofern eine Verschlechterung gegenüber den bestehenden Verhältnissen, als er statt 10 fünfzig 14 Ausnahmesonntage vorsieht, obwohl sich der Reichstag und der Reichswirtschaftsrat vor Jahresfrist für die völlige Sonntagsruhe ausgesprochen haben. Diese Forderung erhebt nachdrücklich auch der Zentralverband

der Angestellten in einer Eingabe an den Reichswirtschaftsrat. Nur in dringenden Notfällen sind Ausnahmen zuzulassen. Durch Tarifverträge sollen weitere Ausnahmen bis zu zwei Stunden an jedem Sonn- und Feiertag gestattet werden für Nichttragende, Fertigstellung von Sachwaren, Verkauf von Fleisch usw., Herstellung von Nohels, Expedition usw. Durch eine entsprechende endgültige Fassung würde eine einheitliche und sozial gerechte Regelung der Sonntagsruhe für alle Angestellten erreicht werden.

### Abänderung der Tarifvertrags-Verordnung.

Das Reichsarbeitsministerium bereitet zurzeit eine Abänderung der Tarifvertrags-Verordnung vor, durch die das Verfahren zur Durchführung der allgemeinen Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen bei Tarifänderungen, die lediglich eine Anpassung der geldlichen Leistungen an den wechselnden Geldwert enthalten, vereinfacht werden soll. Der Geleitensentwurf ist in den letzten Tagen mit den Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber durchbetrieben worden, wobei volle Übereinstimmung erzielt wurde. Es dürfte daher mit einer schnellen Erledigung der Novelle zu rechnen sein.

Gegen einen kommunistischen Betriebsrätekongress, für den die KPD-Betriebsräte im Reusewitz-Rosiger Industrie- und Kohlenrevier Stimmung machten, hat sich eine Betriebsräte-Konferenz in Reusewitz mit 73 gegen 29 Stimmen erklärt, nachdem zuvor eine Konferenz mit 60 gegen 40 Stimmen dafür gestimmt hatte. Die Betriebsräte-Vollversammlung forderte jedoch, daß der KPD von sich aus einen Betriebsrätekongress vorbereiten soll, da die organisatorischen wie rechtlichen Fragen eine Klärung erforderten.

In der Metallindustrie Mecklenburgs wurde Ende September im Rostock ein Schiedspruch gefaßt, der für die erste Hälfte des Oktober 16 M., für die zweite Hälfte 8 M. Erhöhung pro Stunde vorsah. Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Sollten die Arbeitgeber kein größeres Entgegenkommen zeigen, so ist ein harter Kampf in der Metallindustrie Mecklenburgs zu erwarten.

Die Buchdrucker in Krakau sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Aufstand getreten.

## Aus der Partei.

### Die Parteipresse in Groß-Thüringen.

Die Konferenz der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, Bezirksverband Groß-Thüringen in Weimar, hat das Verbreitungsgebiet der einzelnen Parteipresseblätter ab 1. November in folgender Weise geregelt:

„Osthüringer Volkszeitung“, Altenburg, Kreis Altenburg; „Osthüringer Tribüne“, Gera, Kreis Gera; „Neuzeitliche Volkszeitung“, Greiz, die Kreise Greiz und Schleiz; „Das Volk“, Jena, die Kreise Jena-Roda und Weimar; „Vorkämpfer Volkszeitung“, Apolda, Apolda Stadt und Land; „Volkblatt, Saalfeld, die Kreise Saalfeld und Rudolstadt; „Thüringer Volksfreund“, Sonneberg, den Kreis Sonneberg; „Eisenacher Volkszeitung“, den Kreis Eisenach-Vermbach; „Gothaer Volksfreund“, Gotha, den Kreis Gotha; „Volkszeitung“, Arnstadt, den Kreis Arnstadt; „Tribüne“, Erfurt, die preußischen Kreise Erfurt Stadt und Land, die Kreise Weimarer und Schleusingen.

Für einige Kreise werden noch Verhandlungen gepflogen. Es wird zu einer intensiven Verbearbeitung für die Parteipresse in Haus und Betrieb aufgefordert.

Der sozialdemokratische Parteiparteitag für Mecklenburg-Greif wurde am Sonntag und Montag in Söyow bei 120 Delegierten abgehalten. In ausgedehnten Sitzungen wurde über die Arbeit der Genossen im Lande und im Parlament während des Geschäftsjahres beraten und die Zukunft der Partei besprochen. Der Parteivorstand wurde durch die Genossen Juchacz vertreten, die ein Referat über die Stellung der Frau im Volkstaat hielt. Ministerpräsident Genosse Stelling sprach über die politische Lage und Genosse Wollmann behandelte die Tätigkeit der Landtagsfraktion. In der Aussprache wurde insbesondere die Erhöhung des Preises für das erste Getreideumlagequartal berührt. Ein Vertreter der Landarbeiter erhob sich davon eine Besserung der Lage der Landarbeiter. Erreichlich zu hören war, daß trotz des entgegenstehenden Beschlusses der Mecklenburger NSD. die Moskauer Unabhängigen einmütig zur alten Partei übergetreten sind.

In der Rheinpfalz. Nachdem die Einigung vollzogen ist, gesten als Parteiorgan der Partei für die Vorder- und Südpfalz die „Pfälzische Post“ in Ludwigshafen a. Rh. und für die West- und Nordpfalz die „Pfälzische Freie Presse“ in Kaiserslautern.

Weiter bis Sonnabend mittag. Unruhig kühl, zeitweise heiter, veränderlich mit geringen Regengüssen und mäßigen Winden aus nordöstlicher Richtung.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Sozialdemokratischer Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, 10132 1. Auflage.

Warten Sie nicht, bis Ihre Erkältung in voller Entfaltung ist, sondern nehmen Sie bei den ersten Anzeichen einer Erkältung (Schütteln der Kälte) die bewährten Panflavin-Pastillen, um die Entzündung im Keime zu erlösen. Panflavin-Pastillen sind angenehm von Geschmack und greifen den Magen nicht an. Den ersten Forschern waren empfohlen. Schützlich in Nerven und Bronchien.

**Stoffe** für Herren- u. Damen-Bekleidung  
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf motorisiert  
**Koch & Seeland**  
G. m. b. H.  
Gertraudenstraße 20-21.

**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwielen u. Warzen  
besonders  
schnell  
sicher u. schmerzlos  
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich. Gegen  
Gegen Fußschweiß und Wundläusen Kukirol-Fußbad!

**Erstklassige Herrenbekleidung**  
Anzüge, Paläto, Schüpf, prima Stoffe  
Vollwertiger Ersatz für Maß u. Zivile Preise  
**MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58**

**HEUTE** **HEUTE**  
**HAGENBECKFILM HEUTE IN DER ALHAMBRA**  
SCHLEGER KOCH

# Der Kampf um den Straßenbahntarif.

## Erhöhung oder Zusammenbruch. — Deutschnational-kommunistische Katastrophenpolitik.

Deutschnationale und Kommunisten halten in der Stadterordnetenversammlung fest und treiben zusammen und treiben gemeinsam eine Politik, die der Stadt eine Katastrophe bringen muß. Dem gestern vom Oberbürgermeister Böhm begründeten Magistratsantrag auf eine der Geldentwertung entsprechende Erhöhung des Straßenbahntarifs, die dem Straßenbahnbetrieb das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen und damit die Möglichkeit des Weiterbestandes schaffen kann, setzte die rechts-links-bolschewistische Koalition rücksichtslosesten Widerstand entgegen. Daß diese Verweigerung der Existenzmittel des Straßenbahnunternehmens in ihren letzten Folgen die Interessen der Bevölkerung aufs schwerste schädigen mußte, zeigte der sozialdemokratische Röhner Genosse Reuter und nachher noch Kammerer Karding, der auf den Ernst der Lage rücksichtslos hinwies. Zur Entscheidung kam es noch nicht, weil die Vornahme der zweiten Lesung durch den geschäftsordnungsmäßigen Widerspruch der Kommunisten bis zur nächsten Sitzung verschleppt wurde.

Der Magistrat hat in der gestrigen Sitzung infoweit einen Sieg davongetragen, als eine große Mehrheit sich für seine Dringlichkeit vorlage wegen Erhöhung des Straßenbahntarifs von 10 auf 20 M. in erster Lesung ausgesprochen hat. Mit einem eindringlichen Appell „in überaus erster Lage“ wandte sich sofort Oberbürgermeister Böhm an die Versammlung, um ihr über die

### verzweifelte Lage der Berliner Finanzen

reinen Wein einzuschütten. Die Straßenbahn habe mit ihrem Tarif der Geldentwertung nicht annähernd folgen können, und dafür trage zu einem guten Teil auch die Verarmung die Verantwortung. Die Stadtverwaltung brauche leistungsfähige Kräfte, um ihren Aufgaben im Dienste der öffentlichen Wohlfahrt entsprechen zu können. Es müsse allmählich der Tarif zur Einführung gebracht werden, der die Ausgaben wirklich decke. Sollte die Verarmung der Vorlage nicht zustimmen, so würde der Magistrat sich schon morgen zu außerordentlichen Maßnahmen genötigt sehen.

Für die Sozialdemokraten erklärte Reuter, daß unter dem Druck einer immer katastrophaler sich gestaltenden Entwicklung der Geldentwertungsverhältnisse, die sich innerhalb weniger Tage vollzogen habe, die Notwendigkeit einer beträchtlichen Tarifserhöhung nicht bestritten werden könne. Die Fraktion sei bereit, für den 20-M.-Tarif in ihren beiden Lesungen zu stimmen, während die Vorlage betr. die Entscheidung über die Tarife Ausschusssberatung ihr angezeigt erscheine, da zum mindesten in der Verkehrsdeputation für die Tarifserhöhung eine qualifizierte Mehrheit vorhanden sein müsse. Außerdem sprach sich Reuter unbedingt

### für den Einheitsstarif, gegen den Staffeltarif aus.

Zum Schluß gab er dem Magistrat den Rat, mit den angekündigten „außerordentlichen Maßnahmen“ doch bis nach der Erledigung der zweiten Lesung zu warten. — Schumacher (Komm.) lehnte auch seinerseits den Staffeltarif ab, da er lediglich eine stärkere Belastung der ärmeren Bevölkerung darstellen würde, und sprach sich dann mit größter Schärfe gegen die Vorlagen und gegen den vom Oberbürgermeister in Aussicht gestellten „kleinen Staatsstreik“ aus, dem er die Aufforderung an das die Straßenbahn benutzende Publikum entgegensetzte, auf keinen Fall mehr als 10 M. zu bezahlen; mit allen „gesetzlichen oder ungesetzlichen“ Mitteln werde die Fraktion der Verabschiedung der Vorlagen widerstreben. Am übrigen lehnte er sich polemisch mit Reuter auseinander, um schließlich zu proklamieren, daß auch gegen dieses brutal kapitalistisch eingestellte Tariffsystem nur die Befreiung der politischen Macht durch die Arbeiter zu helfen imstande sei. — Michaelis (Dem.) und Schwarz (D. Sp.) traten ebenfalls für die Verdoppelung des Tarifs und für die rasche Verabschiedung ein; doch verlangte auch der demokratische Redner, daß die letzte Entscheidung über die Tarifgestaltung der Versammlung verbleiben müsse. — Koch (Dnat.) ging in der Schärfe der Verurteilung der Politik des Magistrats bis hart an die Grenze des Zulässigen: der Magistrat renne in den betrügerischen Konkurs hinein!

Der Magistrat passe schon lange nicht mehr zu der neuen Versammlungsmehrheit.

### Mit kühnster Heterkeit

nahm man links seine Konstatierung auf, daß das, was hier zusammenbreche, nicht die Straßenbahn sei, sondern die Utopien des marxistischen Systems. — Nachdem noch der Kammerer eine ausführliche Darlegung gegeben hatte, aus der sich die finanzielle Situation in ihrer ganzen Trostlosigkeit scharf hervorhob, war mit einer kurzen Ausführung des Stadts. Gronewaldt (D. Sp.) die Aussprache erschöpft. Der Vornahme der zweiten Lesung stand ein geschäftsordnungsmäßig genügender Widerspruch von 17 Kommunisten gegenüber.

Zur Vorlage wegen Lieberführung der Verwaltung der städtischen Güter in eine andere Rechts- oder Wirtschaftsform sprach u. a. Genosse Brotat, der sich für die Aufrechterhaltung der Kommunalwirtschaft aussprach und schlagend darlegte, daß die Mißstände, über die jetzt geklagt werde, der Entwicklung zu danken seien, die unter der Verwaltung vor 1918 Platz gegriffen habe. Um 10 Uhr dauerte die Sitzung noch fort.

## Am Dollarschalter.

Sich über den großen Teich ein paar Dollars von guten Freunden schicken zu lassen, ist längst die Sehnsucht von Millionen geworden. Es brauchen nicht gerade bunt bedruckte Dollarnoten zu sein, die auch die Sehnsucht der Postkassen sind. Die Amerikaner versenden jetzt sogar über kleine Beträge Bankchecks, mit denen der Postdienst gewöhnlich nichts anfangen kann. Sehr vorsichtige Absender geben noch ein geheimes Stichwort aus, ohne dessen Kenntnis die Einlösung der Checks unmöglich ist.

Die deutschen Großbanken haben für Auslandsschecks, insbesondere für die amerikanischen, und ebenso für Kreditbriefe eigene Abteilungen und Schalter eingerichtet. Das Leben und Treiben ist hier äußerst interessant. Alles dreht sich um die Frage: Wie notiert die Börse den Dollar und wie wird er bis zum Schluß der Bankkassensunden um 1 Uhr klammern oder fallen? Für die Höhe der Auszahlung in Papiermark oder anderen umgerechneten Zahlungswerten gilt der Zeitpunkt der Abgabe des Amerikaners am Schalter. Der Höhepunkt des Verkehrs drängt sich daher auf die Mittagsstunden zusammen, wenn sich eine gewisse Lieberlichkeit ermöglicht, ob man einlösen soll oder nicht. Elektrische Lichtsignale zeigen in kurzen Zeilenabständen den jeweiligen Börsenkurs an. In wenigen Stunden sind bei größeren Scheckbeträgen, wenn der Dollar erheblich fällt, Tausende zu verlieren. Wer sein Geld braucht oder Angst vor noch höherem Kursverlust hat, löst schnell ein Kapitalkräftige, die Wagemut und Zeit zum Abwarten haben, halten vorsichtig zurück und können tage- oder wochenlang den für die Einlösung günstigsten Moment abwarten. Die Langschläfer, meistens Reutlinge, die zum ersten Male einen Dollarscheck fischen und sich in seinem Besitz wie ein kleiner Papiertrübsal vorfinden, lassen sich leicht herausfinden. Sie fragen viel, halten ihren Scheck kramphast fest, verzehren sich in Ungebuld, bis für die Auszahlung ihr Name aufgerufen wird, kramen nervös in den vorzuliegenden Ausweis-papieren, die sehr genau nachgeprüft werden, und verlassen den Kaserraum mit strahlender Miene.

Der Stammgast an diesem Orte bewegt sich mit sicherer Ruhe, überseht mit trefflicherem Blick alle Chancen, steckt ohne Wimperzucken große Vermögen förmlich gewohnheitsmäßig in die Tasche. „Vor Taschendieben wird gewarnt!“ steht an allen Wänden. Hier ist ein Dorado der Langfinger. Auch die haben einen trefflicheren Blick und machen hier oft einen reichen Fischzug. Alle Schalter sind dicht belagert. Da ist es nicht schwer, die langen Finger in fremde Taschen zu versenken. Alle Sprachen schwirren durcheinander. Man sieht auffallend viele Japaner. In einem Nebenraum ist täglich ein kleiner japanischer Kongreß. Hier sitzen vierzig und mehr Söhne aus dem Lande der aufgehenden Sonne, bebrüllt und ewig lächelnd.

Ein betretter Bankdiener gibt Auskunft in ihrer Muttersprache. Geschmeidig wie Katzen schlängeln sie sich beim Aufzug an den Schalter heran und heben meist große Beträge ab. Zurzeit werden wegen des Mangels an kleinem Papiermarkgeld nur höchstens 10 000 M. bar ausgezahlt. Für die überschüssenden Beträge gibt es Checks auf die Reichsbank, die aber auch nur in Teilstrecken auszahlt.

### Die neuen Kinosteuererläge.

Der Steuerauschuß der Stadterordnetenversammlung beschäftigte sich noch einmal mit den in voriger Woche festgesetzten Steuererlägen für Kinos. Es wurde beschlossen, die Hauptsteuerverwaltung zu ermächtigen, die neuen Steuererläge in Form einer Bruttosteuer zu erheben. Werden die den Vorschriften des Gesetzes entsprechend beschlossenen Nettoprozentsätze von 10 bis 50 Proz. auf den Gesamteintrittspreis (einschließlich des Steuerbetrages) umgerechnet, so ermächtigen sich die Prozentsätze der Bruttosteuer auf 12 bis 33 1/2 Proz. In der praktischen Ausführung wird die städtische Steuerverwaltung, ähnlich wie es bereits für die Theater und Konzerte geschieht, die Lichtbildtheater mit einer so festgesetzten Bruttosteuer heranziehen. Diese betragen bei einem Gesamteintrittspreis bis 20 M. 20 Proz., über 20 bis 40 M. 23 Proz., über 40 bis 135 M. 25 Proz., über 135 bis 280 M. 27 1/2 Proz., und über 280 M. 33 1/2 Proz.

Weiter beschäftigte sich der Steuerauschuß mit der Magistratsvorlage über die Wagensteuer. Die Sätze wurden nach dem Antrage des Magistrats angenommen.

### Weltstadtschwinder.

#### Der falsche Unterarzt als falsche Krankenschwester.

Abenteuerliche Geschichten aus dem Leben eines modernen Großstadtlebendings kamen in einer Verhandlung zur Sprache, die am Mittwoch die Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen Begünstigung zum schweren Raub war die Frau Dr. Eise Hermann und die Krankenpflegerin Martha Krndt angeklagt. Die Verhandlung leuchtete in ein eigenartiges Milieu hinein.

Wie die Anklage behauptet, soll die Angeklagte, Frau Dr. H., im Sommer 1921 die Bekanntschaft eines hochlegant gekleideten jungen Mannes gemacht haben, der sich ihr unter dem Namen eines Dr. med. Herwarth Schönflies, Unterarzt in der Charité, vorstellte. Dr. Sch. hatte auch die Bekanntschaft einer Frau Menig gemacht, die über Brillantenschmuckstücke im Werte von mehreren Millionen Mark verfügte. Dr. Sch. trat zu der Frau M. in nähere Beziehungen und entwendete dieser während einer Droickenfahrt Brillantenschmuckstücke. Gleichzeitig tauchte in ihm der Plan auf, der Frau M. durch einen fingierten Raubüberfall sämtliche Schmuckstücke abzunehmen. Bei einem Spaziergang im Grunewald trat ihnen plötzlich ein Mann namens Fischer in der Rolle eines Räubers entgegen. Dr. Sch. wurde scheinbar ohnmächtig und während dieser Zeit plünderte Fischer die Frau M. vollständig aus. Später stellte sich allerdings heraus, daß die zu der Tat benutzte Waffe eine sogenannte Knallbrieffinderpistole war. Unmittelbar nach der Tat wurde Dr. Sch. von der Angeklagten in die Privatirrenanstalt des Dr. Weiler in Besten eingeführt, nachdem sie ihrem angeklagten Kneifen eine größere Menge Betäubungsmittel beigebracht hatte. In der Irrenanstalt trat Dr. Sch. zu der dort tätigen Mitangeklagten M. in nähere Beziehungen und erreichte dadurch, daß diese ihm eine Schwesterntracht zur Verfügung stellte, die ihm die Flucht bei Nacht und Nebel ermöglichte. Der angebliche Assistenzarzt, der in Wirklichkeit ein früherer Student der Medizin, Herwarth Schönflies war, entließ zunächst nach Duedlinburg, dann nach München und wurde schließlich in Bonn in dem Augenblick verhaftet, als er in das befehligte Gebiet einschleusen wollte. Fischer und Schönflies wurden später vom Schwurgericht zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Wie die heutige Angeklagte behauptet, sollte sich die Angeklagte Frau Dr. H. und die Krndt der Begünstigung schuldig gemacht haben. Vor Gericht bestritt die Angeklagte mit aller Entschiedenheit ihre Schuld und ließ durch ihren Verteidiger unter Beweis stellen, daß sie selbst den Kriminalkommissar Warneburg auf die Spur der beiden Täter geführt habe. Die Mitangeklagte Krndt war nicht erschienen. Als der Vorsitzende im Laufe der Verhandlung sein Bedauern hierüber aussprach, erklärte der als Sachverständiger anwesende Sanitätsrat Dr. Weiler, daß die Krndt seelenvergnügt im Zuschauerraum saße. Sie wurde vorgelassen und erklärte, daß sie weder den Eröffnungsbeschluss, noch die Anklageschrift zu gestellt erhalten habe. Da unter diesen Umständen eine Verhandlung

## 22] Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

Vorkäufig nur ein wenig; immer noch war der schwarze Seehundsrücken, von kleinen Wellen überspült, an der Wasser-oberfläche sichtbar; aber er sank, sank mit jeder Sekunde tiefer. Mit fieberhafter Hast schleuderte Sachawachial das Messer wieder nach dem Seehund, traf ihn und zog an — zu stark, die Leine riß — und da lag der Seehund, das Messer im Rücken, näher wohl als vorher und trotzdem für immer verloren.

Er konnte ihn gerade mit dem Ende seiner Büchse erreichen; aber was half das, der Seehund sank, verschwand, während sich eine große blutrote Blase über der Stelle erhob, wo er geschwommen war. Still sah Sachawachial und sah die Blase größer und größer werden, glänzend rot von Blut und Tran; dann zerplatzte sie und mit ihr schwand seine Hoffnung auf Nahrung.

Einen Augenblick war Sachawachial wie gelähmt; doch dann sprang er auf und ballte seine Fäuste in ohnmächtiger Wut; so nahe der Nahrung, und nun entging sie ihm doch noch. Der Hunger stürzte sich wieder mit frischer Kraft auf ihn, der nagende Hunger, der nicht gestillt werden konnte; alles Blut hatte ihn verlassen, den einfaamen Mann, der nun zwei volle Tage ohne Nahrung auf einer Eisscholle dahintrieb.

Blötzlich durchzuckte ihn der Gedanke an den schwarzen Joe, sein Haß loderte auf — richtig, ihn hatte er erschlagen wollen. Sachawachial drehte sich herum, um nach Land auszugehen, und da lag Point Hope, gerade neben ihm. Während er mit dem Seehund beschäftigt war, war er in eine Flutwelle geraten, die seine Scholle schnell nach der Landspitze trieb.

Er konnte die Leute deutlich am Strande auf und ab laufen sehen; er sah sie bis zu Haufen scharen und eifrig gestikulierend, drohend nach ihm hinzeigen; aber es befand sich noch viel Wasser zwischen ihm und dem Lande, es zu erreichen, war kein Gedanke.

Noch Sachawachial wollte nicht, daß die da drüben glauben sollten, er hätte Angst um sein Leben oder wäre am Verhungern; also gab er sich einen Ruck und richtete sich zu seiner vollen Höhe auf, während die kleine Eisscholle schnell dem äußersten Ende Point Hopes zutrieb. Noch war Hoffnung

vorhanden, erst wenn die Landspitze passiert war, würde er unrettbar verloren sein, dann waren hundert Meilen bis zum nächsten Land, quer über den großen Kobjeue-Sund.

Und rascher trieb die Scholle dahin, die nun vollends in das Flutwasser geraten war, das wie ein reißender Strom an Point Hope vorbeifloß. Sie steuerte auf die Landspitze zu; der dunkle Wassergürtel wurde schmaler und schmaler, es handelte sich nur um Minuten! Würde die Scholle gegen das Landeis prallen oder vorbeitreiben? — Die Spannung war nicht zu ertragen!

Nicht nur bei ihm draußen auf dem Eise stieg die Spannung, auch auf dem Lande drinnen. Sie rannten umher und Sachawachial konnte deutlich den schweren Lauf der Weihen unterscheiden. Da entdeckte er den schwarzen Joe und Igluruk als die ersten von dem ganzen Schwarm. Sie wandten sich zu die Eingeborenen und riefen ihnen einige Worte zu; dann liefen sie wieder nach der äußersten Spitze der Landzunge, wo sie sich Hand in Hand hinstellten und winkten, siegberauscht ihrem geschlagenen Feinde zu.

Und da sah Sachawachial Igluruk wieder.

Bühartig stand ihr ganzes Zusammenleben vor ihm; er dachte an seine Freude und seinen Stolz darüber, daß er Nuwuts schönste Frau sein eigen nennen konnte; er dachte an ihre Zärtlichkeit, an ihre Freude über seine unbefruchtete Führerstellung unter den Nuwutmännern. Er dachte an das letzte Mal, als er sie sah, damals, als er nach Kugeratuk zog, und dann dachte er an alle seine bitteren Gedanken gegen sie seitdem. Das überwältigte ihn; er sank in die Knie, rief das Gewehr an die Schulter, zielte lange und sorgfältig — auf sie — und drückte ab. Aber der Abstand war zu groß, die Kugel ging zu kurz, und als sich der Pulverdampf verzogen hatte, stand sie noch dort; sie lachte, das sah er deutlich. Verdammtes Weib! Und sinnlos landete er Schuß auf Schuß zu ihr hin.

Kuch von drüben schossen sie, alle zusammen; einen solchen Sport hatten sie noch nie erlebt, weder die Eingeborenen, noch die Weihen. Deren Stimmen konnte er erkennen, als sie den Eingeborenen etwas zuriefen, und er vernahm das Geheul, was ihnen darauf antwortete. Er wußte nicht, was das bedeutete, mußte nicht, daß die Weihen dem Eingeborenen, der Sachawachial treffen würde, Proviant für ein ganzes Jahr versprochen; aber die Büchsen knallten, und hin und wieder

flog eine Kugel bis zu ihm auf die Scholle. Er warf sich auf das Eis nieder und schoß, bis seine letzte Patrone verbraucht war; dann warf er seine Büchse ins Meer, selbst die Waffe der Weihen hatte ihn betrogen. Er richtete sich auf, ein bequemeres Ziel, wenn die Büchsen so weit hätten tragen können; aber nun war er an Point Hope vorbei, und mit jeder Minute vergrößerte sich der Abstand. Seine Augen wichen nicht vom Lande drüben, das letzte was er sehen konnte, und dort, auf dessen äußerster Spitze, auf einem umgekehrten Umiaf, standen der schwarze Joe und Igluruk. Sie winkten mit den Armen und riefen Worte, die er nicht verstehen konnte; sie rief ein Tuch von ihrem Kopfe und winkte damit; dann wurden sie müde, sprangen herunter und gingen dem Lande zu; noch einmal winkten sie von der Spitze eines Hügel, dann verschwanden sie; Sachawachial hatte Igluruk zum letzten Male gesehen.

Als die Scholle an Point Hopes vorspringendsten Punkt vorbeigekommen war, nahm die Strömung ab, und er trieb am Landeise entlang, fort vom Leben. Und jetzt, als die Spannung vorbei war, meldete sich der Hunger wieder, stärker als zuvor, viel stärker; er setzte sich in die Mitte der Scholle hin und wartete, wartete ruhig auf das, was da kommen würde.

Er saß, als ob er schlief, unbeweglich. Ein Seehund steckte den Kopf aus dem Wasser und sah auf die regungslose Gestalt. Sachawachial beachtete ihn nicht, er besaß ja keine Waffen, womit er ihn hätte erlegen können; er sehnte sich nach dem Tode, während der Tag dahinschwand und die Nacht sich mit ihren dunklen Schatten auf den zusammengetauerten Mann herniederlenkte den ewigen Wanderer, der jetzt auf seiner letzten Reise war und wartete, daß er ans Ziel käme.

Als die Sonne aufging, saß er noch da, ebenso unbeweglich wie bei ihrem Untergang; er drehte nur den Kopf, um nach dem Land zurückzusehen. Point Hope war am Horizont verfunken, aber Land war doch noch zu sehen, die steilen Hüftenberge der Landspitze, und stilllich davon erhoben sich über die weiße Eisscholle die nächstliegenden dunkel und scharf, die ferneren weicher in der Form und gedämpft in der Farbe; aber ganz hinten im Osten schmolzen die blauen Berge mit der Farbe des Himmels zusammen. Und ständig trieb er weiter, der Strom führte immer noch Sachawachials Scholle gen Süden.

(Fortsetzung folgt)



# Wirtschaft

## Die Verteuerung der industriellen Rohstoffe.

Unter den Materialkosten bei der Kohlenförderung ist es vor allem die Grubenholzsteigerung, die auf die Kohlenpreiserhöhung einen besonderen Einfluss hat. Die Länder haben gefordert, daß das Reich aus der Kohlensteuer den Minderbemittelten eine Rückerstattung auf ihre Hausbrandkohle gewähre. So sehr dieser Vorstoß an und für sich zu begrüßen ist, so wäre er noch mehr zu begrüßen, wenn die Länder auch ihrerseits zu einer Verbilligung beizutragen, indem sie auf den Holzmarkt den Druck ausüben, den sie als größte Waldbesitzer zu üben vermögen. Die Holzpreise haben schon lange die Preissteigerung überhöht, und wenn auch richtig ist, daß wir im Frieden ein Holzimportland waren (etwa 10 Millionen Kubikmeter Einfuhrüberschuß) und wir wichtige Waldgebiete im Osten und Westen verloren haben, so muß trotzdem der Holzanschlag im Interesse vergrößert werden. Waldschonung in Ehren, aber Menschenschonung vorerst.

Die ganze Zeitungsfrage ist im Grunde genommen auch nur eine Holzfrage. Wollen die Länder die Zeitungen erhalten oder nicht? Das Notgeld des Reichs war bei der weiteren Geldentwertung ein Tropfen auf den heißen Stein und ist auch wirkungslos verpufft. Das Zeitungssterben geht weiter. Mit Kredit in dem oder jenem Lande ist nicht genügend getan. Es muß hier einheitlich ein größerer Holzanschlag vollzogen und zu ertäglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Waldschonung oder Kulturschonung, das ist hier die Frage. Auf der anderen Seite dürfen die verantwortlichen Stellen auch dem Gewinn der Druckpapierfabriken ihr Augenmerk schenken. Nach dem vorliegenden Geschäftsbericht der Kröllwitzer Aktienpapierfabrik in Halle erzielt sich ein Reingewinn von 4,63 Millionen Mark (im Vorjahre 995 888 M.), woraus die Aktionäre gegenüber 15 Proz. im Vorjahre in diesem Jahre, dem Jahre des Zeitungssterbens, 40 Proz. Dividende erhalten. Auch auf dem Gebiete der Warenpreise sind ungewöhnliche Vorgänge. Wir wollen die Eisenpreiserhöhungen, die schon über den Weltmarktpreis hinaus gelangt sind, vor nicht erwähnen.

Hinsichtlich der Holz- und Stahlwerkserzeugnisse stellt der Richtpreisausschuß des Stahlbundes diese überhöhten Preise fest, angeblich unter Beteiligung der Arbeitnehmer. Aber von dem größten Arbeitnehmerverband, dem Metallarbeiterverband, sind keine Vertreter dabei gewesen. Auch von den Christlichen sind von den Unternehmern diejenigen Persönlichkeiten ausgeschlossen worden, welche sich gegen die Wünsche der Unternehmer schon gesperrt haben. Daß die Weiterverarbeitung in diesem Ausschuss nicht gegen die Industrie vorgehen, ist natürlich, da die Verbraucher zum Teil in dem gleichen Konzern mit der Industrie verbunden sind, zum anderen derartig in den Lieferungen abhängig sind, daß sie die Gefahr des „Nichtbelieferwerdens“ nicht auf sich nehmen wollen.

Reichswirtschaftsrat und Umlagepreis. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats stimmte der Preissteigerung für das erste Drittel der Umlage mit 17 gegen 5 Stimmen der Arbeitnehmer zu. Die Arbeitgebervertreter der Landwirtschaft enthielten sich auch hierbei der Stimme und gaben folgende Erklärung ab: „Die Festsetzung des Umlagepreises kann mit Rücksicht auf die dauernde Abwertung des Marktwertes nur durch gleitende Preise, die sich automatisch nach dem inländischen Marktpreis richten, erfolgen. Durchschnittspreise dürfen dabei höchstens für den

Zeitraum eines Monats festgesetzt werden. Von der Notlage der Verbraucher schweigt die Erklärung der Agrarier.

Kartoffelversorgung und Wagenstellung. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats nahm in seiner Sitzung am 11. Oktober einen eingehenden Bericht des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung über die Kartoffelversorgung entgegen. In der Erörterung wiesen Vertreter der Verbraucher auf die zurzeit bereits wieder, ähnlich wie im Vorjahre, einsetzende Preissteigerung hin. Vertreter der Landwirtschaft betonten demgegenüber, daß dafür seitens der Landwirtschaft kein Anlaß gegeben wird, da die Ernte gut und das Angebot sehr reichlich ist. Die Erzeugerpreise sind bisher mäßig. So in Schlesien z. B. nicht über 300 M. für den Zentner. Unregelmäßigkeiten in der Versorgung sind jedoch von der mangelhaften Wagenstellung seitens der Eisenbahn zu befürchten. In der letzten Zeit wurde nur ein Fünftel der angeforderten Wagen gestellt. Nach eingehender Erörterung schloß der Ausschuss folgenden Beschlus: „Der Wirtschaftspolitische Ausschuss ersucht die Reichsregierung: 1. der Entwidlung der Kartoffelhandelspreise in den nächsten Wochen besondere Aufmerksamkeit zu schenken; 2. dahin zu wirken, daß die Reichseisenbahnverwaltung in erhöhtem Maße Wagen vor Eintritt des Frostes für den Kartoffelverkehr zur Verfügung stellt, und 3. zu erwägen, ob nicht eine Ausdehnung der Sperre für den Versand von Fabrikartikeln über den 15. Oktober 1922 hinaus angebracht ist.“

Die Ausgabe von Notgeld. Amlich wird mitgeteilt: Infolge der gegenwärtigen Knappheit der Zahlungsmittel hat das Reichsfinanzministerium in einer Anzahl von Fällen Städten, Kreisen und größeren Industrieunternehmen die Ausgabe von Notgeld gestattet. Die Ausgabe ist dabei regelmäßig an die Bedingung geknüpft worden, daß der Gegenwert des jeweils ausgegebenen Notgeldes in voller Höhe in der auf ein gesperrtes Konto überwiesen wird. Von verschiedenen Seiten ist gegen diese Bedingung Widerspruch erhoben worden, besonders auch unter Hinweis darauf, daß den Ausstellern des Notgeldes zur Ueberweisung geeignete Guthaben nicht zur Verfügung stünden. Hierbei wird in dessen der Sinn des Notgeldes verkannt. Das Notgeld hat nicht dem Zwecke zu dienen, einer etwa vorhandenen Finanznot zu steuern, seine Bedeutung erschöpft sich vielmehr darin, die fehlenden gesetzlichen Zahlungsmittel zu ersetzen. Wer im normalen Falle keine gesetzlichen Zahlungsmittel erhalten würde, darf sich nicht mit Notgeld behelfen wollen. Das Reichsfinanzministerium kann daher von der aufgestellten Bedingung nicht abgehen. Jedes willkürliche Abweichen davon würde die Notgeldaussgabe ungesetzlich und strafbar machen.

Gegen die Notlage der Preise. In der Verordnung zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage der Preise ist ein Verwaltungsrat vorgesehen, der den im Befehl gebildeten Fonds zu verwalten hat. Der Reichswirtschaftsrat hat, wie die BPR erfahren, seine Mitglieder Georg Bernhardt, Direktor Kraemer und Stähler in den Verwaltungsrat gewählt.

Das Goldlohngehalt beträgt für die Zeit vom 18. Oktober bis einschließlich 24. Oktober 48 900 vom Hundert.

Die Lankemen in der russischen Industrie. Die Sowjetregierung hat eine Verfügung über die Auszahlung von Lankemen, Prämien und Beförderungen in den Staatsunternehmen erlassen. Ein Kredit auf Lankemen, die aus dem Reingewinn ausgeschüttet werden, haben nur die Direktoren und Direktionsmitglieder der Trusts,

Syndikate und der großen Unternehmungen, ferner besonders qualifizierte Mitarbeiter derselben. In Unternehmungen, die keinen Reingewinn abwerfen, können besondere Prämien und Beförderungen festgesetzt werden. Der Betrag aller Sondervergütungen darf die Höhe des maximalen Jahreslohnes nicht übersteigen, der laut Verordnung von Anfang August zunächst auf 7,2 Milliarden alter Rubel (= 720 000 Rubel Papier 1922) festgelegt worden ist.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 österreichische Kronen abgestempelt 3,30 1/2 Geld, 3,34 1/2 Brief; 100 ungarische Kronen 102,87 Geld, 103,13 Brief; 100 bulgarische Lewa 1722,80 Geld, 1727,20 Brief. 100 Polenmark galten etwa 24,50 M.

## Jugendveranstaltungen.

### Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Freitag, den 13. Oktober:

Charlottenburg, Jugendheim Volkmar, 4. Lesabend: „Von Weis zum Räuber“. — Landshuter Viertel, Jugendheim Gemeindefabrik Döcker Straße, Vortrag: „Die kirchlichen Jugendbewegungen“. — Köpenick, Jugendheim Gemeindefabrik Köpenick, 2. Mitteilungsversammlung. — Köpenick, Jugendheim Köpenick, Vortrag: „Schiff, Papier und Buchdruck“. — Köpenick, Jugendheim Gemeindefabrik Witzthaler Straße 3-5, Vortrag: „Kriegsalltag“. — Internationalismus, — Köpenick, Jugendheim Gemeindefabrik Seinerstraße Str. 18, Vortrag: „Die Wäppler Owen, Gaurier, St. Simon und Proudhon“. — Prenzlauer Berg, Jugendheim Wäpplerstraße, Vortrag: „Die Wäppler Jugend“. — Prenzlauer Berg, Jugendheim Gemeindefabrik Seinerstraße, 6-7, Lesabend: „Kommunisten“ von Genet Jelen.

## Sport.

### Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, den 12. Oktober.

1. Rennen. 1. Kibulak (Kantberger), 2. Hartlein (Kings), 3. Reiche (Wagman (Großmann)). Toto: 64 : 10, Platz: 19, 16, 17 : 10. Ferner liefen: Morgant, Bergmann, Frendling, Demewitz, Rinon I, Gollas I, Kogenant, Marichen S., Fred Cosmann, Dr. Adolf R., Hoffmann II, Favorit Prinz, Longina Rauschen.
2. Rennen. 1. Reiche (Kings), 2. Barde (Hans Schleutner), 3. Porbezo (Hofbauer). Toto: 104 : 10, Platz: 22, 21, 20 : 10. Ferner liefen: Simplex, Reichtum, Maria, Einhard, Rafael, Oskar als Erster bisqu, keine Wetten.
3. Rennen. 1. Rabel (Schmidt), 2. Seemind (Hase), 3. Hoptant (Hald). Toto: 45 : 10, Platz: 19, 20, 33 : 10. Ferner liefen: Harald I, Albertus, Lena I, Choana, Topinambur, Jeltjeit, Clara I, M. S., Pollar, Lux Per, Deborah S.
4. Rennen. 1. Rabel (Großmann), 2. Seemind III (Doelmann), 3. Arano I (R. W.). Toto: 27 : 10, Platz: 12, 10, 13 : 10. Ferner liefen: Friederike, Trübau, Agi, Alpeiner, Sulzfeld.
5. Rennen. 1. Baron Joo (H. W.), 2. Nestris jun. (Wenger), 3. Rastkain I (Reuenteufel). Toto: 33 : 10, Platz: 14, 14, 16 : 10. Ferner liefen: Koronna, Witz, Dölsa, Hauptmann, Dr. Leo Jan, Guma, Alice V.
6. Rennen. 1. Kibulak (Kings), 2. Wasserham (Weidmüller), 3. Bique (Reuenteufel). Toto: 18 : 10, Platz: 10, 11, 12 : 10. Ferner liefen: Rabel, Gollone, Ene III, Reiche, Boby, Analfenohn, Favorita 2, Anton bisqu, keine Wetten.
7. Rennen. 1. Gebus (Kings), 2. Topinambur (Kozal), 3. Reiche I (H. W.). Toto: 51 : 10, Platz: 21, 39, 47 : 10. Ferner liefen: Sigurd, Eitelbeck, Schaps, Jera Dingel, Bejuo, Hircus, Diana VII, Waiabar I, Die Wette.
8. Rennen. 1. Bessie Worthy (Doelmann), 2. Jullal (W. Freund), 3. Kraber (Hedmi). Toto: 31 : 10, Platz: 15, 20, 21 : 10. Ferner liefen: Traugötter, Boby, Ill, Doga Peter I.

# Tragt Salamander!

Das Vergnügen, einen Stiefel von Schönheit und Qualität zu tragen, empfindet man im höchsten Grade bei dem



## Salamander Stiefel.

Vollendeter Sitz, die tonangebende feine Form, die Güte des Materials und hochwertige Verarbeitung kennzeichnen ihn.

Salamander-Stiefel stellen daher den Träger immer zufrieden

**Opernhaus**  
7 1/2 Uhr:  
Sinfoniekonzert

**Schauspielhaus**  
7 1/2 Uhr:  
Napoleon  
Theater u. G.  
Königgrätz. Str.

7.30: Jüdin v. Toledo  
9.30: Jüdin v. Toledo, Ein Akt, 2. Akt, 3. Akt  
Sbd. Jüdin v. Toledo  
Bd. 3. Akt, 2. Akt, 3. Akt  
7.30: Jüdin v. Toledo

**Komödienhaus**  
Henne I. Korb  
7.30: Elise Eckerberg  
Georg Alexander

**Berliner Th.**  
7.15: Madame

**Pompador**  
Fritzi Masaryk u. G.  
Ehren. Wit. Ruth, Feder, Köhner, Moll, Buchner

**Residenz-Th.**  
7.30: Der große Erlatz  
Lady

**Wunderwäres**  
Pächer  
Arnstadt, Sandrock  
Toelle, Paikenstein

**Volksbühne**  
7 1/2 Uhr:  
Die Ratten

**Lessing-Th.**  
7 Uhr zum 1. Male  
Vater u. Sohn  
Sonnab. bis Mitg. 7 1/2  
Vater und Sohn

**Deut. Künstler-Th.**  
Abend. 7 1/2 Uhr:  
Käthe Dorsch in  
Madame Sans-Gêne

**Deutsch. Theat.**  
7 Uhr zum 1. Male  
Der Hund der  
Jugend  
Sbd. 8 U.: Simon  
oder Scham u.  
Eifersucht

**Kammerspiele**  
4 Uhr Gastspiele  
d. Russ. Theaters  
„Kikimora“  
Sbd. 8 U. Gastspiele  
d. Russ. Theaters  
„Kikimora“

**Gr. Schauspielh.**  
(Karlstraße)  
1 1/2 Der Widerspen-  
stigen Zähmung  
Kloeffler, Bergner,  
Gratz  
Sbd. 7 1/2: D. Wider-  
spenstigen Zähmung  
Kloeffler, Bergner,  
Gratz  
Sonnab. 6. 15. Okt.  
2 1/2 Uhr. Dänisch

**Theater des Ostens**  
(Rose-Theater)  
7 1/2 U. Badstube

Oberregisseur:  
**Boris Romanoff**  
Balletmeister des ehem. kaiserl. Theaters in Petersburg

Primaballerina:  
**Elena Smirnowa**  
Ballerina des ehem. kaiserl. Theaters in Petersburg

**Russisches Romanantisches Theater**  
Friedrichstraße 218 (Apollo-Theater)

**Die Maienkönigin**  
Schäferspiel (Oper) in einem Aufzuge von Gluck.  
In Szene gesetzt von Boris Romanoff.  
Dekorationen u. Kostüme von Leo Zack.

**Les Millions d'Arlequin**  
Pantomimisches Ballett in einem Akte nach  
Marlus Petipa. Musik von Drigo.  
Bearbeitet u. in Szene gesetzt v. Boris Romanoff.  
Vorhang, Dekorationen und Kostüme von  
W. Bobermann und P. Hosiasson.  
Kostüme im Prozenium von Montedoro.

Mitwirkende: Elena Smirnowa, Primaballerina, Boris Romanoff, Anatolij Obuchoff, Erster Solotänzer.  
Ballett: Die Damen: E. Krüger, C. Pawlowa, A. Nikitina, L. Spornazowa, N. Albrecht, E. Lutzkova vom ehem. kaiserl. Theater, X. Nikolowa, G. Newolowa, O. Stark. — Die Herren: A. Boltler, N. Tize, S. Nossin, K. Hoffmann, R. Buhro, M. Birger, L. Platonoff, N. Werschmina, E. Lingzer, F. Tamzoff.

Oper: Die Damen: P. Kosmowskaya, A. Royak, E. Iwanowa vom ehemaligen kaiserl. Theater in Petersburg, O. Frömke-Rudakowa, O. Perelmann, A. Seitz, D. Lipinskaya. — Die Herren: L. V. Riegen, E. Emeljanoff, P. Gamaizy, W. Bassin, S. Olgin.

Corps de Balletts Die Damen: E. Arisson, L. Andreeva, A. Alpa, L. Berg, N. Belsaewa, W. Belowa, P. Bertel, O. Bassowa, E. Felgner, K. Gurskaya, M. Gollitzina, M. Kavez, H. Kowalsky, R. Lork, K. Lau, L. Org, R. Poliak, A. Trusewitsch-Landau.

Die Kostüme u. Dekorationen wurden in d. Kunstwerkstätten v. Baruch & Co., Leopold Verch, Kautmann sowie v. Bühnenverein hergestellt.

**Erstaufführung**  
am Sonnabend, den  
14. Oktober 1922  
abends 7 1/2 Uhr.

Vorverkauf an der Tages-  
kasse von 11 Uhr ab, außer-  
dem bei A. Wertheim und  
an den sonstigen Verkaufs-  
stellen für Theaterbillette.

**Gudals Festgelage**  
Musik von A. Rubinstein.  
Tanz-Gemälde von Boris Romanoff nach  
Lermontoffs „Dämon“.  
Dekorationen und Kostüme von Pogodaleff.

**Bojarenhochzeit**  
Musik von  
Glinka, Rimsky-Korsakoff und Dargomizki.  
Tanz-Gemälde von B. Romanoff nach einem  
russischen Thema.  
Dekorationen u. Kostüme v. Paul Tschelischtschew

Musikalische Leitung:  
**Georg Pomeranzew**  
Dirigent des ehem. kaiserl. Theaters in Moskau  
und  
**Prof. Michael Lewin**  
vom Wiener Konservatorium

Central-Theater  
7 1/2 Die Kleinbürger  
ab 8.30: Die Kleinbürger  
Deutsch Opernhaus  
7 Uhr: Carmen  
Große Volksoper  
im Theat. d. Westens  
7 1/2 U.: Einführung  
aus dem Sertal  
Intimes Theater  
3: Die Petische und?  
— Laut doch nicht  
immer nach herum  
Lustspielhaus  
8 Uhr: Schule der  
Koketten  
m. Leop. Konstantin  
Metropol-Theater  
7 1/2 U.: New York-Berlin  
Neues Operett.-Th.  
7 1/2 U.: Die schwarze  
Kose  
Neues Th. am Zoo  
7 1/2 Uhr: Dorine  
und der Zerstört  
Neues Volkstheater  
7 1/2 U.: Die 1. Geige  
Schiller-Th. Charl.  
1 Uhr: Die Ehre  
Thalia-Theater  
7 1/2 Prinz Don Juan  
Th. u. Hollenstörpfi  
7 1/2 U.: Dein Mund...  
7 1/2 U.: Vert. Louis  
Dante u. Hammett. Str.  
1 U.: Die Sprache  
der Vögel  
Wallner-Theater  
8 U.: Die kleine  
Sünde  
Rennaissance-Th.  
Hardenbergstr. 6  
Mittw. 18. Okt. 7 Uhr  
Mit Sara Sampson  
Rück, Smith, Lou

**Komische Oper**  
(7 1/2) Dir.: James Klein (7 1/2)  
Die große internationale  
Revue in 25 Bildern:  
**Europa  
spricht  
davon!!**  
Ueberritt Paris und London an  
Pracht und Ausstattung und in  
das Fabrikatetele, was auf  
einer Bühne gezeigt werden ist  
**6 Pracht-Ballette!!**  
**200 Mitwirkende!!**  
Mister Jackson v. Alhambra-  
Theater in London mit seinen  
englischen Girls  
Hauptdarsteller:  
Margit Suchy, Rosa Feisegg,  
Balzer-Lichtenstein, Max Landi,  
Albert Kutzner, Bruno Kastner,  
Arnold Heick, Mizi Motzka, Elsa  
Reval, Walters, Spira, Baricci usw.  
Vorverkauf ununterbrochen.

**Kleines Th.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Agnes Jordan**  
v. Georg Hirschfeld  
Irene Triebel  
Eugen Burg, Olga  
Limburg, Jos Klein,  
Schneider-Nissen

**Trianon - Th.**  
Täglich 8 Uhr  
**Erika Gläser**  
in  
**Sissi**  
die Kokotte  
Abers, Klubertanz

Walhalla-Theat.  
Tägl. Die tolle Lola  
Molly Weasey  
Paul Heidemann

**CIRCUS  
BUSCH**  
Tägl. 7 1/2, 9 1/2, 11 1/2  
Sensation  
auf  
Sensation!  
Vorfr. Wertheim  
u. Circuskassen

Theater, Lichtspiele usw. siehe auch nächste Seite.

